NR. 380 25.01.2020

russland-analysen

http://www.laender-analysen.de/russland/

EINIGKEIT UND DIFFERENZEN

ANALYSE
Vorübergehende Stabilisierung:
Der russisch-ukrainische Vertrag zum Gastransit 2
Szymon Kardaś, Wojciech Konończuk (Zentrum für Oststudien – OSW, Warschau)

DEKODER
Die politischen Auswirkungen der russischen Krankheit 5
Alexander Etkind (Ogonjok)

ANALYSE
Die Russische Orthodoxe Kirche ändert wegen der Krise der »Weltorthodoxie« ihre globale Politik 8
Nikolay Mitrokhin (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DEKODER
Die gesellschaftliche Wandlung nach 20 Jahren Putin 12
Juri Saprykin (Vedomosti)

RATING
Die politische Elite im Jahr 2019 16

CHRONIK
9. Dezember 2019 – 11. Januar 2020 20

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde | Deutsches Polen-Institut | Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen | Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien | Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung | Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

ANALYSE

Vorübergehende Stabilisierung: Der russisch-ukrainische Vertrag zum Gastransit

Szymon Kardaś, Wojciech Konończuk (Zentrum für Oststudien – OSW, Warschau)

Zusammenfassung

Nach viertägigen Verhandlungen wurde am 30. Dezember 2019 ein Vertrag über den Transit von russischem Gas durch die Ukraine unterzeichnet. Gazprom verpflichtete sich durch den Transitvertrag, im ersten Jahr 65 Milliarden Kubikmeter Erdgas und in den Folgejahren 40 Milliarden Kubikmeter nach Maßgabe der *Ship-or-pay*-Formel zu transportieren. Beide Seiten haben den Vertrag zu diesem Gaspaket als Kompromiss bewertet, wobei die meisten Bestimmungen als Erfolg für die Ukraine betrachtet werden können. Gazprom war zu Zugeständnissen genötigt, weil der Konzern ohne einen Vertrag nicht in der Lage gewesen wäre, seinen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Kunden in Europa nachzukommen. Die Verhandlungen – mit der Europäischen Kommission als Vermittler – waren angesichts der fundamental unterschiedlichen Interessen der beiden Seiten langwierig und hart. Die Ukraine wollte ihren Status als wichtiges Transitland behalten, während Russland mit dem Bau der Pipelines TurkStream und Nord Stream 2 bereits beträchtliche Anstrengungen unternommen hatte, um seine Abhängigkeit von ukrainischen Pipelines mehr und mehr zu verringern. Der Kompromiss wird zu einem neuen Modell der Transitzusammenarbeit zwischen den beiden Seiten führen, was die Stabilität in diesem Bereich bis 2024 gewährleisten dürfte.

Die erwartet langwierigen Verhandlungen und ihr Kontext

Das Übereinkommen ist Ergebnis mühsamer Verhandlungen, die fast anderthalb Jahre andauerten. Das war zu Beginn des Prozesses erwartet worden. Die Unterredungen wurden vorwiegend in einem trilateralen Format abgehalten (Russland – Ukraine – Europäische Union). Ein Teil der Sitzungen erfolgte auf politischer und technischer Ebene. In der Endphase der Verhandlungen gab es bilaterale Begegnungen von Vertretern der ukrainischen und der russischen Seite. Deutschland war ebenfalls an dem Verhandlungsprozess beteiligt. In Berlin fanden zwei der fünf trilateralen Gesprächsrunden statt. Darüber hinaus ernannte die deutsche Regierung im August 2019 einen Sonderbeauftragten für den Ukraine-Gastransit. Diese Fragen wurden zudem regelmäßig in Telefongesprächen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin erörtert. Der Verhandlungsprozess wurde in der Endphase vor allem dank eines Treffens der Regierungs- oder Staatschefs der Ukraine, Russlands, Frankreichs und Deutschlands beschleunigt. Dieses Treffen im Normandie-Format hatte vor allem eine Lösung für den Konflikt im Donbass finden sollen und fand am 9. Dezember 2019 in Berlin statt.

Es war erwartet worden, dass der Verhandlungsprozess aufgrund der sich rapide ändernden politischen Situation langwierig werden würde. Zum einen waren die Stillstände dem politischen Kalender der Ukraine geschuldet und hier vor allem den Präsidentschaftswahlen im April und den Parlamentswahlen im Juli. Die russische Seite hatte mehrmals klargestellt, dass eine Übereinkunft zu Gasfragen erst dann erreicht werden könne, wenn diese Wahlen abgeschlossen sind. Ein weiterer wichtiger Faktor waren die Fortschritte bei der Umsetzung russischer Pipelineprojekte, die verfolgt werden, um die Abhängigkeit von der Transitroute durch die Ukraine zu verringern (TurkStream und Nord Stream 2). Schließlich schufen die US-Sanktionen gegen Firmen, die am Bau von Nord Stream 2 beteiligt sind (US-Präsident Donald Trump hatte sie am 20. Dezember 2019 genehmigt), einen wichtigen Kontext für die Endphase der Verhandlungen, indem er die Bauarbeiten dort aufhielt. Hinzu kam, dass sowohl die Ukraine wie auch europäische Abnehmer von russischem Gas ihre Reserven in den Gasspeichern aufstockten, weil sie eine neue Gaskrise befürchteten, falls kein Vertrag unterzeichnet werden würde.

Worin besteht das Übereinkommen?

Die Abkommen, die von den beiden Seiten unterzeichnet wurden, liefern eine Lösung für zentrale Streitpunkte bei der russisch-ukrainischen Zusammenarbeit im Gasbereich.

Zum einen unterzeichneten Naftogaz und Gazprom einen Fünfjahresvertrag über den Transit von russischem Gas über ukrainisches Gebiet. Der Vertrag sieht folgende Transitvolumina vor: 65 Milliarden Kubikmeter Gas 2020 und jährlich 40 Milliarden Kubikmeter in den darauffolgenden vier Jahren. Die ukrainische Seite verkündete, die Lieferungen würden gemäß der *Ship-or-pay*-Formel erfolgen (diese Formel verpflichtet Gazprom, für den Transport der vereinbarten Gasmenge zu zahlen, ungeachtet des tatsächlichen Volumens). Darüber hinaus sieht das Protokoll vom 20. Dezember die Möglichkeit vor, den Vertrag um zehn weitere Jahre zu verlängern (2025 – 2034). Gleichzeitig unterzeichnete das russische Unter-

nehmen ein Zusammenschaltungsabkommen mit dem ukrainischen Gastransportsystembetreiber OGTSU. Im gleichen Zug unterzeichnete OGTSU ein entsprechendes Abkommen mit dem slowakischen Betreiber Eustream.

Zweitens zahlte Gazprom die geschuldeten 2,92 Milliarden US-Dollar an Naftogaz, wie in den abschließenden Schiedssprüchen vom Dezember 2017 (über den russisch-ukrainischen Liefervertrag) und vom Februar 2018 (zum Transitvertrag) durch das Stockholmer Schiedsgericht (Schiedsgerichtsinstitut der Stockholmer Handelskammer) festgelegt worden war. Darüber hinaus sind sowohl Naftogaz, als auch Gazprom dazu verpflichtet, sich aus den neuen Schiedsverfahren zurückzuziehen, die 2018 – 2019 angestrengt wurden. Das betrifft insbesondere die ukrainische Klage vom Juli 2018 zu Schäden im Umfang von rund 12,3 Milliarden US-Dollar aufgrund potenzieller Verluste, falls Gazprom den Gastransit durch die Ukraine wegen der geplanten Eröffnung alternativer Transportrouten unterbricht. Gazprom zog seinerseits seine Berufungsanträge gegen die abschließenden Schiedssprüche zurück. Auch Kiew beschloss, seine Klagen zurückzunehmen, die sich aus der Entscheidung der nationalen Kartellbehörde ergeben hatten. Diese hatte im Januar 2016 Gazprom mit einer Strafzahlung von rund 7,3 Milliarden US-Dollar belegt, weil das Unternehmen seine beherrschende Stellung auf dem ukrainischen Markt missbraucht habe. Als Teil der Abmachung willigte auch Naftogaz ein, von einer weiteren Durchsetzung des Verfahrens gegen Aktiva von Gazprom in der Schweiz, Luxemburg, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich abzusehen.

Worüber noch keine Klarheit besteht, ist der Tarif für den Transit (2019 hatte Gazprom noch 2,61 US-Dollar pro 1.000 m^3 für eine Transportstrecke von 100 km berechnet). Den Bestimmungen des Protokolls vom 20. Dezember zufolge soll sich der Gebührentarif am Wettbewerb orientieren und den Tarifen in Mittel- und Westeuropa entsprechen. Die russische Seite verwies bei den Verhandlungen mehrfach darauf, dass eine Fortführung des Transits durch die Ukraine für Gazprom kostengünstig sein müsse, also billiger als der Transport über alternative Routen. Weiterhin lässt sich aus den Stellungnahmen der Direktoren von Naftogaz schließen, dass bei einem potenziell zusätzlichen Transitvolumen ein höherer Tarif zur Anwendung kommt.

Folgen für die Ukraine

Es ist der ukrainischen Seite gelungen, bis 2024 eine Garantie über nahezu die Hälfte des gegenwärtigen Transportvolumens von russischem Gas zu erlangen. Das muss zwar als Erfolg betrachtet werden, doch werden die Einnahmen dennoch beträchtlich zurückgehen (ukrainischen Quellen zufolge werden sie in den kommenden fünf Jahren insgesamt mindestens 7,2 Milliarden US-Dollar betragen). Eines der zentralen Ziele der Ukraine war es, so lang wie möglich ein möglichst großes Volumen an russischen Gastransporten in den Westen aufrecht zu erhalten (2018 waren es 86,8 Mrd. m^3 und 2019 bis zum 29. Dezember 89,1 Mrd.), weil dies bisher Einnahmen von jährlich rund 3 Milliarden US-Dollar bedeutet hat. Im gleichen Sinne hatte die Europäische Kommission im Januar 2019 ihren ursprünglichen Vorschlag unterbreitet, der einen Vertrag über zehn Jahre vorsah, bei einem Volumen von mindestens 60 Milliarden Kubikmetern jährlich.

Anderseits könnte das Volumen der Gastransporte ohne einen Vertrag, und nachdem die beiden Stränge von TurkStream (2020) und von Nord Stream 2 (Ende 2020) in Betrieb gegangen sind, nahezu auf null sinken, falls es Gazprom gelingt, die neuen Pipelines voll einzusetzen und die Nachfrage nach russischem Gas auf dem gegenwärtigen Niveau bleibt. Somit wird der jüngst unterzeichnete Vertrag die Nutzung des ukrainischen Gaspipelinesystems um mindestens fünf Jahre verlängern, mit einem garantierten Volumen von 40 Milliarden Kubikmetern, also der Mindestmenge, die nach ukrainischen Berechnungen notwendig ist, damit das System profitabel bleibt. Gleichzeitig liefert der Vertrag keine Garantie, dass Gazprom nach 2024 weiterhin Gas durch ukrainische Pipelines transportieren wird. Eine Unterbrechung russischer Gastransporte würde eine Stilllegung beträchtlicher Teile des Systems notwendig machen. Wichtig ist, dass die vereinbarten Bedingungen der Ukraine Zeit verschaffen, sich hierauf vorzubereiten und die Größe des Transportsystems an den Bedarf in der Ukraine selbst anzupassen.

Als ukrainischer Erfolg ist auch zu werten, dass Gazprom genötigt wurde, aufgrund der Entscheidung des Schiedsgerichts 2,9 Milliarden US-Dollar Entschädigung zu zahlen, was eine erhebliche Unterstützung für den ukrainischen Haushalt darstellt.

In den neuen Bestimmungen zur Zusammenarbeit, die nach Verhandlungen mit Gazprom festgelegt wurden, werden zwei ukrainische Unternehmen aufgeführt, Naftogaz und OGTSU. Zuerst unterzeichnete der russische Konzern einen Vertrag mit Naftogaz als »Organisator des Gastransports«, der mit OGTSU Transportkapazitäten im Gaspipelinesystem vorhalten wird. Das unmittelbare Funktionieren des Transits wird von OGTSU übernommen, das ebenfalls einen Vertrag mit Gazprom unterzeichnen wird. Die russische Seite wird die Transitgebühren auf der Grundlage eines zuvor auszuhandelnden Tarifs an Naftogaz zahlen. Naftogaz wiederum wird diese mit dem Betreiber abrechnen. Es ist unklar, wie dieses Modell in der Praxis funktionieren wird. Russischen Verlautbarungen zufolge ist es Gaz-

prom gewesen, das auf dieses Modell gedrungen hatte, damit Naftogaz, das im Grunde zu einem Makler geworden ist, die Risiken übernimmt, die mit dem Betrieb des ukrainischen Gaspipelinesystems verknüpft sind, sobald dessen Entflechtung abgeschlossen ist. Das neue System scheint allerdings auch für Naftogaz günstig zu sein, das einen Teil der Gewinne aus dem Transit einbehalten wird. Die hatten bisher fast die Hälfte seiner Gesamteinnahmen ausgemacht.

Russische Zugeständnisse und Vorteile

Aus den Bestimmungen des Vertrages geht hervor, dass es die russische Seite war, die in der Endphase der Verhandlungen mehr Zugeständnisse machte. Ein fehlender Vertrag hätte Gazprom daran gehindert, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber einer ganzen Reihe europäischer Abnehmer zu erfüllen. Das wiederum hätte nicht nur beträchtliche Imageverluste, sondern auch wirtschaftlichen Schaden mit sich gebracht.

Zum einen hat Moskau de facto anerkannt, dass Gazprom gegenüber Naftogaz per Schiedsspruch Schulden hat, auch wenn Vertreter der russischen Seite in früheren Phasen der Verhandlungen mehrfach betont hatten, dass Russland nur dann in einen neuen Vertrag einwilligen werde, wenn die Ukraine ihre Klage beim Schiedsgericht zurücknimmt. So lautete auch der offizielle Standpunkt in der letzten öffentlichen Version der Bestimmungen eines neuen Abkommens, wie sie von Gazprom am 25. November 2019 veröffentlicht wurden.

Zweitens hatte Moskau darauf bestanden, dass der Abschluss eines neuen Transitvertrages von der Unterzeichnung eines Vertrags über russische Gaslieferungen an die Ukraine begleitet werden müsse. Diese Vorbedingung war erstmals im Laufe der trilateralen Unterredungen im Januar 2019 gestellt worden. Das unterzeichnete Protokoll enthält keinerlei Bestimmungen, die hierzu verpflichten würden. Es ist lediglich vorgesehen, dass die Unterzeichnung eines solchen Vertrages möglich ist, wenn die Seiten daran interessiert sind.

Drittens unterscheiden sich die Grundparameter des neuen Transitvertrages von denen, die die russische Seite vorgeschlagen hatte. In der letzten Phase der Verhandlungen hatte Gazprom eine Erneuerung des laufenden Transitvertrages oder aber den Abschluss eines neuen Vertrages mit einer Laufzeit von einem Jahr vorgeschlagen. Was das Volumen anbelangt, so hatten die Vertreter von Gazprom im April 2018 erklärt, es sei möglich, ein Abkommen über ein Transportvolumen von 10 – 15 Milliarde Kubikmeter Gas zu unterzeichnen.

Die Verträge enthalten allerdings auch Lösungen, die für Moskau günstig sind. Das Mindestvolumen für den Gastransit durch die Ukraine stellt für Gazprom keine Belastung dar, auch wenn sie die S*hip-or-pay*-Klausel und somit ein Zugeständnis enthalten (das Protokoll vom 20. Dezember hatte dies nicht enthalten). Der russische Konzern hätte das ukrainische Pipelinenetz die nächsten Jahre in jedem Fall benutzen müssen, um die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber europäischen Kunden zu erfüllen. Die Eröffnung der TurkStream-Pipeline im Januar 2020 erlaubt es Gazprom, nur relativ geringe Mengen des Gases, das derzeit durch die Ukraine transportiert wird, über die Türkei, Bulgarien, Nordmazedonien und Griechenland umzuleiten. Der Zeitpunkt für die Eröffnung und der Umfang der Lieferungen durch die Nord Stream 2-Pipeline ist bislang nicht bekannt, da sich der Abschluss des Projekts durch die US-Sanktionen verzögern könnte. Darüber hinaus wird auch nach der Inbetriebnahme die kommerzielle Nutzung Beschränkungen unterworfen sein, die sich aus der im April 2019 verabschiedeten Änderung der EU-Gasrichtlinie ergeben. Hinzu kommt, dass durch den Urteilsspruch des Europäischen Gerichtshofes vom September, der den Beschluss der Europäischen Kommission zur OPAL-Pipeline für ungültig erklärt, Gazprom gezwungen ist, den Umfang der Gastransporte durch die Nord Stream 1-Pipeline zu reduzieren. Gleichzeitig bleibt Gazprom wegen der fehlenden Verpflichtung, den Vertrag nach 2024 erneuern zu müssen, flexibel und kann seine Politik mittel- und langfristig entwickeln.

Wie geht es weiter?

Das Protokoll vom 20. Dezember ist zwar ein politisches Dokument, das keine rechtliche Bindung bedeutet, doch haben beide Seiten ihren Willen manifestiert, die Bestimmungen umzusetzen, wofür das Paket der unterzeichneten Abkommen ein Beleg ist (Die Unterzeichnung erfolgte in Bezug auf den im Protokoll enthaltenen Zeitplan mit nur einem Tag Verspätung). Es ist sehr wohl möglich, dass das neue Modell für die Zusammenarbeit im Gasbereich bis Ende 2024 funktionieren wird. Wenn die Nachfrage nach russischem Gas in Europa auf dem gegenwärtigen Niveau bleibt, könnte der Umfang des Gastransits durch die Ukraine in den kommenden Jahren sogar höher sein als im Vertrag vorgesehen. Es ist nämlich unklar, ob Gazprom die alternativen Pipelinerouten mit voller Kapazität wird nutzen können. Die russischen Pläne, die Nutzung ukrainischer Pipelines zu stoppen, sind zwar um fünf Jahre aufgeschoben worden, doch bleibt unklar, ob die Ukraine ihre Bedeutung als Transitland nach 2024 wird behaupten können.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Informationen über die Autoren und einen Lesetipp finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autoren
Szymon Kardaś ist Senior Fellow in der Russlandabteilung des Zentrums für Oststudien (OSW) in Warschau.
Wojciech Konończuk ist Leiter der Abteilung für die Ukraine, Belarus und Moldau des Zentrums für Oststudien (OSW) in Warschau.

Lesetipp
Kardaś, S.; A. Łoskot-Strachota, S. Matuszak: A 'last-minute' transit contract? Russia-Ukraine-EU gas talks [= OSW Commentary Nr. 291], 25.01.2019, https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2019-01-25/a-last-minute-transit-contract-russia-ukraine-eu-gas-talks

DEKODER

Die politischen Auswirkungen der russischen Krankheit

Alexander Etkind (Ogonjok)

Der folgende Beitrag des russischen Historikers Alexander Etkind erschien ursprünglich am 05.11.2019 in der Zeitschrift Ogonjok und wurde von dekoder ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekoder

Russland ist der zweitgrößte Erdölexporteur der Welt, dennoch lebt ein großer Teil der Gesellschaft in Armut. Obwohl der Ölpreis seit 2016 relativ hoch ist, sinkt im Land das Realeinkommen. Wie geht das zusammen?

Was auf den ersten Blick unlogisch klingt, ist fast überall zu beobachten: Venezuela, Irak, Nigeria – die Liste der Länder mit reichen Ressourcen und armen Menschen ist lang. Für all diese Länder sind Rohstoffe kein Segen, sondern ein Fluch – ein Ressourcenfluch. Das wohl bekannteste Beispiel dafür ist die holländische Krankheit: In den 1960er Jahren wurden in den Niederlanden große Erdgasvorkommen entdeckt. Durch die gestiegenen Exporterlöse ist auch die Landeswährung gestiegen, was die Exporte verteuerte und damit auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit anderer Wirtschaftssektoren schwächte.

In Russland läuft es jedoch anders: Schon 2018 dümpelte der Rubelkurs dahin, während der Ölpreis relativ hoch war – ein Phänomen, das der Wirtschaftswissenschaftler Wladislaw Inosemzew analysierte.

Woran krankt die russische Wirtschaft? Eine vieldiskutierte Diagnose stellt der russische Historiker Alexander Etkind. In seinem kürzlich erschienen Buch Priroda sla: Syrje i gossudarstwo (dt. Die Natur des Bösen: Rohstoffe und Staat) seziert der Geschichtsprofessor das Wirtschaftssystem Russlands und umreißt dabei ein neues Krankheitsbild: die russische Krankheit. Kommersant-Ogonjok bringt Auszüge aus dem Buch.

Abhängig – die Öl-Krankheit

Rohstoffabhängigkeit – das ist ein gut untersuchtes Phänomen in der Politikwissenschaft. Der wichtigste Schluss, den man aus der reichhaltigen Literatur zum Ressourcenfluch ziehen kann, ist der, dass an dieser Abhängigkeit nichts Fatales ist. Ist man sich erstmal darüber im Klaren, welche Gefahren sie birgt, so kann man diese mit ernsten, konzentrierten Anstrengungen überwinden. Rohstoffabhängigkeit ist eben kein Fluch, sondern eine freie Entscheidung. Je höher die Ölpreise und je weniger produktiv die übrige Volkswirtschaft, umso verführerischer ist die Falle.

Der Wirtschaftswissenschaftler und Politologe Michael Ross hat vier Besonderheiten von Einnahmen aus dem Ölgeschäft aufgeführt: Sie sind riesig (die Regierungsapparate in Ölstaaten sind um die Hälfte größer als die ihrer Nachbarn, die über keine Ölvorkommen verfügen); ein großer Teil des Haushalts hängt nicht von den Steuerleistungen der Bürger, sondern von direkten Einnahmen aus Staatsbesitz ab; diese Einnahmen wiederum sind instabil, weil sie vom Ölpreis auf den Weltmärkten und den natürlichen Bedingungen abhängen; und schließlich sind die Einnahmen intransparent und geheim. So kann sich die Elite optimal an Öleinnahmen bereichern. Aufgrund des geringen Arbeitsaufkommens sind Ölstaaten unabhängig von der Bevölkerung: Die wird nicht wirklich gebraucht, solange sie nur bitte keine Unruhe stiftet.

Daher ist für solche Staaten eine Art Stände-Struktur kennzeichnend – die strikte Trennung zwischen einer unabsetzbaren, im Luxus lebenden, wohlbewachten Elite einerseits, und der Bevölkerung andererseits, die erst vor kurzem der Naturalwirtschaft entwachsen ist.

Die Elite rechtfertigt ihre Existenz stets mit ihren Managerfähigkeiten und ihrer Sorge für die Menschen. Und tatsächlich kann die Elite einen Teil der Mehreinnahmen an die Bevölkerung umverteilen. Da die Empfänger dieser Wohltaten aber keine Möglichkeit haben, auf die Mehreinnahmen einzuwirken, bleiben diese Ausgaben oft unproduktiv. Das politökonomische Prinzip der Demokratie – »no taxation without representation« – funktioniert in Ölstaaten nicht, weil diese eben nicht von Steuern abhängig sind. Allein das Öl vermag es, Finanzströme zu generieren, die den Steuereinnahmen ganzer Staaten entsprechen. Frühere Formen der Ressourcenabhängigkeit – etwa von Zucker oder Wolle – waren partieller Natur: Die Elite versklavte zwar einen Teil der Bevölkerung, doch der andere Teil blieb frei. Öl versetzt fast alle in Abhängigkeit. Es führt nicht zu totaler Sklaverei, bringt aber auch keine echte Freiheit.

Nach UNO-Angaben ist die Ausbeutung von Bodenschätzen weltweit – neben der Rüstungsindustrie – derjenige Wirtschaftssektor mit der stärksten Gender-Ungleichheit. Zu dem einen Prozent der Bevölkerung, das in der Öl- und Gasindustrie beschäftigt ist, muss man weitere rund fünf Prozent hinzurechnen, die die Pipelines, Geldströme und Oligarchen bewachen. All diese Soldaten, Offiziere und Wachleute sind ebenfalls Männer. Die politökonomischen und die genderpsychologischen Merkmale dieses Menschentyps lassen sich mit dem Begriff »Öl-Macho« zusammenfassen.

Dann ist da noch die große Gruppe der Juristen (in Russland sind das ein Prozent der Bevölkerung, vier Mal so viel wie in Deutschland), die damit beschäftigt ist, Konflikte zu klären. Ihre Hauptaufgabe ist nicht Kapital zu generieren, sondern zu schützen, die Banken und Pipelines zu bewachen, die Grenzen gegen Feinde zu verteidigen und die Elite vor der Bevölkerung zu schützen.

Insgesamt entstehen so zwei Klassen von Bürgern: Eine privilegierte Minderheit, die die kostbare Ressource fördert, schützt und mit ihr handelt – und alle anderen, deren Existenz von der Umverteilung der Rente aus diesem Handel abhängt. Diese Situation schafft starre, fast schon ständische Strukturen.

So wie der Schutz vor Piraten eine Schlüsselaufgabe zu Zeiten des Tabak- und Zuckerhandels war, nimmt auch in der ölabhängigen Volkswirtschaft das Sicherheitspersonal eine herausgehobene Stellung ein. Der kritische Punkt ist nicht die Förderung, sondern der Transport, besonders dessen Sicherheit. Daher stehen an der Spitze ölfördernder Länder nur selten Ölindustrielle – sondern eher Militärs oder Geheimdienstler, also Fachleute für Sicherheitsfragen.

Im idealtypischen Fall verwandelt sich das Land in einen Öl- und Gaskonzern, der externen Verbrauchern direkt die Rohstoffe liefert und für die Sicherheit der Förderung, des Transports und des Exports sorgt. In Russland gelingt das aber nicht. Hier leben viele, die eine solche Konstruktion stören. Zwei Drittel des in Russland geförderten Gases und ein Viertel des Erdöls werden im Lande selbst gebraucht. Die Regierung sucht nach Wegen, diesen Verbrauch zu senken.

Aus der Sicht eines Staates, der vom Ölexport lebt, ist die Bevölkerung überflüssig. Das heißt nicht, dass die Menschen leiden und sterben müssen. Der Staat kümmert sich um sie, aber nur soweit, wie es dem Staat genehm ist. Statt selbst zur Quelle des Volksvermögens zu werden, verwandelt sich die Bevölkerung in ein empfangendes Objekt der Wohltätigkeit, die von Seiten des Staates gewährt wird.

Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts hat sich die Entwicklung weltweit beschleunigt – außer in den OPEC-Staaten, wo das jährliche Wirtschaftswachstum negativ war. Nach 1973 hat sich die Produktion der OPEC-Staaten kaum verändert, während andere ölfördernde Staaten ihre Produktion vervierfachten. Die politischen Prozesse unterschieden sich zwar, doch zeugen die Zahlen von Kapitalflucht, zunehmender Ungleichheit, patriarchalen Strukturen und von Ineffizienz – also den typischen Merkmalen von Ölnationen.

1977 beschrieb The Economist die holländische Krankheit, den wirtschaftlichen Rückgang, der in den Niederlanden erfolgte, nachdem in der Nordsee unweit von Groningen Gasvorkommen entdeckt worden waren. Selbst in diesem entwickelten Land hatte das Entstehen eines mehr als gewinnträchtigen Wirtschaftssektors dazu führen können, dass andere Branchen unterdrückt wurden.

Trotzdem haben die Niederlande, und nach ihnen Norwegen, Kanada und Australien die Probleme mit Rohstoffexporten überwunden. Man hatte gelernt, die holländische Krankheit dadurch zu heilen, dass die Öldollars in Staatsfonds flossen – grundlegend neue staatlich-gelenkte Institutionen.

In Russland, im Iran, in Venezuela und Nigeria können wir einen Teufelskreis der Rohstoffabhängigkeit beobachten. Diese Staaten zerstören Humankapital, weil sie Rohstoffe fördern und dabei keine vernünftige Verwendung von Rohstoffeinnahmen auf die Beine stellen. Wenn sie sich dann mit mangelnder Kompetenz, schrumpfender Produktivität und kaputten Institutionen konfrontiert sehen, werden sie noch abhängiger von den natürlichen Ressourcen. Diese Gesellschaften kommen von einer Krise in die nächste und verschmut-

zen dabei die Umwelt. Folge dieser umgekehrten Entwicklung ist eine Entmodernisierung, der Verlust des bereits erreichten Bildungs- und Gleichheitsniveaus, die zunehmende Lähmung der Gesellschaft und die Willkür des Staates.

Ein Musterbeispiel hierfür ist Russland mit seinem Ressourcenreichtum, seinem ungesicherten Recht auf Eigentum, seinem politischen Autoritarismus und seinen Rekorden, was das Thema Ungleichheit angeht.

Die holländische Krankheit ist eine Kombination aus Ressourcenabhängigkeit und guten oder wenigstens passablen Institutionen. Folglich können wir also die Kombination aus Rohstoffabhängigkeit und schlechten Institutionen als »russische Krankheit« bezeichnen.

Russland hat in den vergangenen 18 Jahren aufgrund des Öl- und Gasexports im Schnitt zehn Prozent mehr exportiert als importiert. Das ergibt in der Summe weitaus mehr als die 200 Prozent kumulativen Wirtschaftswachstums. Allerdings sind die dabei berücksichtigten Vermögensposten, staatliche wie private, sehr viel langsamer gewachsen. Grund hierfür war die Kapitalflucht.

Das Offshore-Vermögen in russischen Händen beläuft sich auf 800 Milliarden US-Dollar oder 75 Prozent des jährlichen Nationaleinkommens. Das Vermögen im Ausland ist genauso groß wie sämtliche Vermögen innerhalb Russlands. Mit anderen Worten: Die aktiven Wirtschaftseinheiten (einschließlich Regierung, Unternehmen und Bürger) haben ihr Kapital zur einen Hälfte im Ausland und zur anderen Hälfte in Russland. Diese Kapitalausfuhr wird durch den Charakter der russischen Einnahmen begünstigt: Von allen Bereichen der Weltwirtschaft ist der Ölsektor weltweit der intransparenteste. Einmal ausgeführt, nimmt dieses Kapital – eine umgewandelte Energieform – an unterschiedlichen Orten unterschiedliche Qualitäten an: in der Schweiz die eines Bankkontos, in Frankreich die eines Chalets, in Deutschland die eines Unternehmens, in den USA die von Aktien.

Juristisch blieben diese Vermögenswerte zwar umstritten, doch Streitereien waren jeweils schnell beendet, da das in jeder Hinsicht beträchtliche Kapital auch der Empfängerseite nützt: Eine Schweizer Bank erhält Gebühren, Londoner Immobilien steigen im Wert und neue Unternehmen bringen den Ländern, in denen sie ihren Sitz haben, Steuereinnahmen.

Betrachten wir also einmal eine typische Situation in den internationalen Beziehungen, nämlich den Handel zwischen zwei Staaten: einem ressourcenabhängigen und einem, der auf Arbeitskraft setzt. Das ist ein Spiel zu zweit, bei dem der eine kostbare Ressourcen verkauft, der andere sie einkauft und sie dann in ein Produkt der Arbeitsleistung seiner Bevölkerung umwandelt. Die klassische Politökonomie mit ihrer Arbeitswerttheorie bezieht sich nur auf eine der beteiligten Seiten, nämlich den Staat, der auf Arbeitskraft setzt, und beschreibt nicht die Probleme des ressourcenabhängigen Staates.

Die Politökonomie lehrt, dass ein Staat, der auf Arbeitskraft setzt, aus Sorge um seine Effizienz die innere Konkurrenz, Eigentumsrechte und das öffentliche Wohl stärkt sowie technischen Fortschritt und soziale Mobilität gewährleistet. Das alles bleibt in einem ressourcenabhängigen Staat aus, weil die Herrschenden es für ihr staatliches Gewerbe nicht benötigen. In einem solchen Land existieren das Öl und die Ölindustrie und die (bei der Förderung überflüssige) Bevölkerung jeweils für sich. Das alles ist hinlänglich als Ressourcenfluch bekannt: Die Institutionen entwickeln sich nicht, die Natur degeneriert, die Bevölkerung verkümmert. Das ist aber noch nicht alles.

Da die Herrscher des Ressourcenstaates die Eigentumsrechte in ihrem Land nicht sicherstellen, sind sie auch nicht in der Lage, sich auf ihr eigenes Kapital zu verlassen, dieses im Land zu halten und es an ihre Kinder weiterzugeben. Die Herrschenden leiden gemeinsam mit ihren Untertanen unter dem Mangel an öffentlichen Gütern – wie etwa fairen Gerichten oder sauberer Luft.

So erfolgt der nächste Schritt: Die Elite des ressourcenabhängigen Staates hortet ihre Guthaben in Staaten, die auf Arbeitskraft setzen. Selbst wenn diese Gelder dort nach unten durchsickern und den Armen und Kranken zugutekommen, so geschieht das nicht am Ort ihrer Herkunft, sondern an ihrem Aufenthaltsort. Das ist auch der Ort, wo die Elite ihre Konflikte löst, ihre Häuser kauft und wo ihre Familien leben. Auf paradoxe, wenn auch nachvollziehbare Weise investiert diese Elite in genau jene Institutionen, die sie bei sich zu Hause ignoriert oder sogar zerstört: in faire Gerichte, gute Universitäten und saubere Parks.

Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von Hartmut Schröder

Über den Autor

Alexander Etkind (geb. 1955) ist ein russischer Historiker, der seit 2013 als Professor für Geschichte russisch-europäischer Beziehungen am European University Institute in Florenz arbeitet. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Kolonisation Russlands, russische Protestbewegungen sowie Erinnerungskulturen in Osteuropa. Von 2010 bis 2013 leitete er das internationale Forschungsprojekt »Memory at War: Cultural Dynamics in Poland, Russia, and Ukraine«.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter https://republic.ru/posts/79215, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter https://www.dekoder.org/de/article/etkind-rohstoff-abhaengigkeit-ressourcenfluch.

Dieser Beitrag wurde übernommen im Rahmen des Projektes »Wissenstransfer² – Russlandstudien«, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dekoder.org mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung durchgeführt wird.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Ogonjok und Alexander Etkind für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

ANALYSE

Die Russische Orthodoxe Kirche ändert wegen der Krise der »Weltorthodoxie« ihre globale Politik

Nikolay Mitrokhin (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Zusammenfassung

Angesichts des heftigen Konflikts in der »Weltorthodoxie« erhielt die Russische Orthodoxe Kirche unerwartet einen erheblichen Impuls zur eigenen Weiterentwicklung und zur Umwandlung in eine wahrhaft globale Kirche, die mit dem System der ihrer ethnischen Zusammensetzung nach »griechischen« Patriarchate weltweit in Konkurrenz tritt. Ausgelöst wurde der Konflikt durch die Verleihung der Autokephalie für die im Rahmen des Präsidentschaftswahlkampfes von Petro Poroschenko neugeschaffene Orthodoxe Kirche der Ukraine durch den in Istanbul residierenden Ökumenischen Patriarchen Bartholomeos I. Die Russische Orthodoxe Kirche hat 2019 einige bedeutende Schritte hierzu unternommen. Gekrönt wurde dies durch eine Reihe wichtiger Erklärungen des Moskauer Patriarchen Ende 2019, die die Absicht erkennen ließen, die Expansion auch 2020 auszuweiten, bei einer faktischen Abkehr vom Konzept der »Russischen Welt« (*Russkij mir*) und sogar vom griechischen Erbe der russischen Kultur.

Einleitung

Der Konflikt 2018 zwischen dem Ökumenischen Patriarchen und der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) über die »ukrainische Frage« ist ein weiteres und in den vergangenen 100 Jahren längst nicht das erste Beispiel für die Konfrontation der beiden Kirchen in ihrem Kampf um die Führerschaft in der »Weltorthodoxie«. Letztere stellt ein System wechselseitiger Anerkennung zwischen den 14 orthodoxen Kirchenorganisationen der Welt, die über einen unabhängigen Status verfügen. Es handelt sich allerdings um eine Konfrontation von erheblichem Ausmaß, die möglicherweise zu einem Bruch des sensiblen Geflechts wechselseitiger Anerkennungen führt, und es hat bereits zu beträchtlichen Veränderungen in der Strategie der ROK geführt. Es haben sich in der Weltorthodoxie unter den 14 nationalen Landeskirchen zwei große Blöcke herausgebildet. Unter der Führung des Ökumenischen Patriarchats sind u. a. die

Kirchen von Albanien, Jerusalem und Griechenland vertreten. Unter der Führung der ROK sind überwiegend slawische Kirchen verbunden. Und es ist durchaus möglich, dass dieser Anstoß ausreicht, dass diese beiden Blöcke die Weltorthodoxie in zwei Teile zerbrechen lassen.

Das Ökumenische Patriarchat mit Sitz in der Türkei vereinigt zwar eine geringe Zahl von Gemeinden, ist allerdings in Bezug auf die Gemeinden der Diasporen und durch seine Befähigung, unterschiedlichsten Kirchenorganisationen ganz verschiedener Sprachen und in unterschiedlichen Ländern den Status einer autonomen oder autokephalen Kirche zu verleihen, stark. Deshalb ist es eine globale Kirche.

Vereinigung

Die ROK hatte sich früher hauptsächlich auf russischsprachige und kulturell russische Gläubige konzentriert. Sie hat zwar auch in der ganzen Welt Gemeinden und Bistümer errichtet und beispielsweise die Japanische Orthodoxe Kirche in ihren Bestand aufgenommen. Insgesamt jedoch drängte sie darauf, diese in ein russischsprachiges kulturelles Milieu und in den recht strengen administrativen Rahmen des Moskauer Patriarchats und seiner Amtsträger und Statthalter einzubinden.

In den 2000er Jahren setzten allerdings taktische Änderungen der Strategie ein, die bis 2020 zu strategischen Änderungen ihrer Politik geführt haben. Im Jahr 2006, als die ROK die Russische Orthodoxe Kirche im Ausland in ihren Bestand aufnahm, ließ sie zum ersten Mal ein paralleles System der Verwaltung der Gemeinden auf demselben geografischen Gebiet zu (vor allem in Deutschland). Und sie erlaubte in ihrem Bestand die Existenz von kirchlichen Verwaltungseinheiten mit einer eigenen Satzung.

2019 erfolgte die Aufnahme des Erzbistum der orthodoxen Gemeinden russischer Tradition in Westeuropa durch die ROK. Das Erzbistum war die zweitgrößte russischsprachige orthodoxe Kirche der Diaspora (mit Sitz in Frankreich), die dem Ökumenischen Patriarchat unterstand. Ungeachtet ihrer russischen Wurzeln unterschied sich die interne Organisation des Erzbistums durch ihren demokratischen Charakter, ihre Sprache und ihre Traditionen erheblich von der ROK. Das Ökumenische Patriarchat hatte das Erzbistum, das 80 Jahre unter seiner Führung gestanden hatte, 2018 aufgelöst. Das Erzbistum wollte sich jedoch nicht auflösen und nicht mit seinen Gemeinden in gewöhnlichen Metropolien (Bistümern) des Ökumenischen Patriarchats aufgehen. Nach langwierigen Diskussionen schloss sich das Oberhaupt des Erzbistums und ein großer Teil der Gemeinden im Herbst 2019 der ROK als autonome Gliederung an.

Somit lässt sich eine Verfestigung der Tendenz konstatieren, dass Kirchenorganisationen, die nach eigener Satzung und eigenen Traditionen leben (indem man etwa Priester und Bischöfe wählt), neu in die ROK aufgenommen werden.

Landgewinn

Eine weitere Veränderung besteht darin, dass die ROK allmählich vom Prinzip der »kanonischen Territorien« Abstand nimmt. In der Weltorthodoxie wurden diese dazu eingerichtet, damit die Landeskirchen nicht zu oft in Konflikte geraten, wenn es zu einem »Eindringen auf das eigene Territorium« kommt. Die ROK hatte in der Vergangenheit diese Grenzen insgesamt respektiert und eine Achtung des eigenen Terrains gefordert. Der Vorstoß des Ökumenischen Patriarchats von 2018 auf das Territorium der »Kiewer Metropolie«, die 332 Jahre der Kontrolle der ROK unterstanden hatte, und wo die zur ROK gehörende Ukrainische Orthodoxe Kirche die absolute Mehrheit der Gemeinden und der kirchlichen Infrastruktur stellte, führte dazu, dass die ROK von diesem Prinzip Abstand nahm. Die ROK verkündete umgehend, eigene Gemeinden auf dem Gebiet der Türkei einrichten zu wollen, das ein kanonisches Territorium des Ökumenischen Patriarchats darstellt. Da sich dies nicht sofort umsetzen ließ, beschloss die ROK, ihre Präsenz auf diejenigen Gebiete massiv auszuweiten, die das Ökumenische Patriarchat für sich beanspruchte.

Hierzu schuf die ROK am 28. Dezember 2018 Exarchate, also praktisch halbautonome hochrangige Kirchenorganisationen in Westeuropa und Südostasien. Am 26. Februar 2019 dann bestätigte die ROK deren Satzungen und interne Organisation. Innerhalb der Exarchate wurden einzelne Bistümer für die entsprechenden Länder eingerichtet (allein vier in Südostasien). Am wichtigsten war jedoch, dass nicht nur die Sorge um die gewohnten Zielgruppen betont wurde (so ernannte man für die moldauischsprachigen Gläubigen in Italien einen eigenen Bischof), sondern es wurde auch die missionarische Ausrichtung der Exarchate bestimmt. Das alles stützt sich auf eine Infrastruktur, die die ROK in diesen Regionen zum Teil bereits aufgebaut hatte. In Frankreich, dem Zentrum des westeuropäischen Exarchats, bedeutete das nicht nur eine neue Kathedrale der ROK in Paris, die 2016 eingeweiht wurde, sondern auch eine 2019 geweihte Kirche der Vertretung der ROK bei den europäischen Institutionen in Straßburg. Beide Kirchen sind von Patriarch Kirill persönlich geweiht worden, der anlässlich der Weihe direkte Unterredungen mit dem Generalsekretär des Europarates sowie mit führenden Persönlichkeiten anderer europäischer Institutionen und Frankreichs führte. Das verdeutlicht die Perspektiven der ROK, ihre Interessen in der EU und den Ländern der Region zu verfolgen.

Die ROK, die in den vergangenen 30 Jahren in dem Raum zwischen Antarktis und Färöer Inseln sowie zwi-

schen Kanarischen Inseln und Philippinen mit kräftiger Unterstützung des russischen Staates und der Wirtschaft in Russland nicht weniger als 500 Kirchen eröffnet hat (darunter auch seit 1992 rund 70 neue Gemeinden in Deutschland), verfügt über ein beträchtliches Potenzial, sich neue Territorien allein aufgrund der weltweiten Migration russischsprachiger Menschen zu erschließen. Die ROK ist nicht nur für das Ökumenische Patriarchat eine Bedrohung, sondern auch für die »kanonischen Territorien« anderer Landeskirchen, die die Orthodoxe Kirche der Ukraine anerkannt haben, etwa das Patriarchat von Alexandria, dem orthodoxe Gemeinden in Afrika unterstehen. Am 26. Dezember 2019 wurden die Gemeinden der ROK in Afrika der Jurisdiktion von Alexandria entzogen und die Vertretung der ROK in Kairo wurde in eine Gemeinde umgewandelt.

Ein neuer Zweig

Ende des Jahres wurde deutlich, dass die missionarischen Aufrufe der ROK nicht formaler Natur sind und die Kirche tatsächlich davon Abstand nimmt, sich ausschließlich auf russischsprachige Gläubige zu konzentrieren. Diese Verschiebung erfolgte nicht auf institutioneller, sondern eher auf grundlegender theologischer Ebene. Auf einer Sitzung des Heiligen Synods der ROK am 25. Dezember 2019 wurde ein Dokument verabschiedet, an dem seit 2017 gearbeitet worden war. Das Dokument ändert die Haltung zu und den Umgang mit Taufnamen. Es erlaubt jetzt eine Taufe ohne Übernahme eines griechischen oder russischen Namens, sondern auf einen nationalsprachlichen christlichen Namen. Einerseits scheint man damit den Ball in Richtung der Russische Orthodoxe Kirche im Ausland und jener Erzbistümer zu spielen, in denen sich unter den Gläubigen eine beträchtliche Anzahl Bewohner Deutschlands, der USA, Frankreichs und anderer Lander mit einer europäischen christlichen Bevölkerung befinden, die nicht Russisch sprechen, keine russischen Wurzeln haben, und die nicht verstehen, warum sie bei der Taufe den Namen ändern und ihre Kinder mit einem zusätzlichen griechischen oder russischen Namen getauft werden müssen. Das bedeutet allerdings einen Bruch mit einer der wichtigsten orthodoxen Traditionen, zudem einer Tradition, die die ROK unmittelbar mit der »griechischen Welt« verband. Und es stellt die reale Ankündigung einer wirklich globalen Mission dar, die nicht unmittelbar auf die Russische Welt (*Russkij mir*) zurückgeht. Darüber hinaus schlägt die ROK eine »andere« Variante der Orthodoxie vor. Eine, bei der die nationalen Gemeinden über ein höheres Maß an Eigenständigkeit verfügen werden, und jene, die zur ROK gehören, über weitgehende Rechte. De facto bedeutet das eine Abkehr von der Konzeption der Russischen Welt oder zumindest eine Reduzierung auf deren instrumentellen Einsatz gegenüber jenen Gemeinden, die eine Nostalgie über Russland und den russischen Charakter der Emigrantengemeinschaften hegen.

Die Ansprache des Patriarchen

Das reicht allerdings nicht für eine wirkliche »globale Konkurrenz«. Die ROK erlebt derzeit zu viele interne und innerrussische Probleme, die 2018 und 2019 deutlich zu Tage traten. Folgt man einer so wichtigen Informationsquelle wie der wöchentlichen Ansprache des Patriarchen an die Moskauer Geistlichkeit, so hat Kirill erkannt, dass eine Änderung seiner Politik vonnöten ist. Seine Rede vor einer Moskauer Bischofsversammlung am 20. Dezember 2019 war aus mehreren Gründen höchst interessant.

Erstens hat sich seine Rhetorik zur Ukraine offensichtlich geändert. Erklärungen vom »Brudervolk«, die für das von ihm gepredigte Konzept einer Russischen Welt wichtig waren, wie auch die konfrontativen Erklärungen über die ukrainische Regierung gehören nun der Vergangenheit an (http://www.patriarchia.ru/db/text/5550814.html). Er sprach nur von »Glaubensbrüdern«. Gleichzeitig tauchten im Wortschatz des Patriarchen das Wort »Diskriminierung« und der Appell auf, religiöse Konflikte über zivilrechtliche Normen zu lösen, was beides früher gefehlt hatte. Die Abkehr von der Rhetorik über Brudervölker und einen Bruderstaat, wenn es um die Ukraine geht, bedeutet praktisch ein Abrücken von der gescheiterten Konzeption der Russischen Welt, in der die »brüderlichen« Beziehungen zwischen der russischen, der ukrainischen und der belarussischen Ethnie grundlegend sind, und wo angesichts dieser »familiären« Beziehungen Staatlichkeit und ethnische Zugehörigkeit keine Bedeutung haben. Und von hier war es nur ein kleiner Schritt zur Erinnerung an den »größeren Bruder« und ein weiterer zur Wiederherstellung des imperialen Erbes.

Zweitens hat der Patriarch nach den heftigen Protesten der Bürger in Jekaterinburg vom Mai 2019 gegen den Bau der Katharinenkirche und dem systematischen Widerstand in Moskau gegen eine Vielzahl geplanter Kirchenbauten, die eine Aufgabe der Baupläne erzwangen, sein Programm der »200 Kirchen« nicht mehr erwähnt. Dieses gigantomanische Bauprogramm für Moskauer Kirchen war von ihm mit Bürgermeister Sobjanin abgesprochen worden und war die erste Stufe eines Bauprogramms für 600 Kirchen, die die Bevölkerungen angeblich benötige. In Wirklichkeit sind in 9 Jahren nur 57 Kirchen gebaut worden, davon zehn im vergangenen Jahr (38 sind im Bau). 112 provisorische Kirchen existieren an Standorten, die Sobjanin zugeteilt hat. Allerdings sind die Aussichten für ihren

Umbau – berücksichtigt man deren Nichterwähnung in offiziellen Berichten – verschwindend gering. Insgesamt geht in Moskau das Bautempo bei Kirchen stetig zurück. Interessant ist auch, dass erstmals seit einem Jahr in Moskau kein einziges Kloster eröffnet wurde . Etwas aktiver erfolgt die Weihe von Priestern (30 pro Jahr), was kaum den natürlichen Schwund wird ausgleichen können.

Drittens hat sich die Zunahme der Bistümer und Bischöfe verlangsamt. Die erfolgten Bischofsweihen können gerade einmal den natürlichen Schwund. Praktisch bedeutet das ein Ende der administrativen Reform der Bistümer innerhalb der ROK, die eine persönliche Initiative Kirills war und durch ihre Reichweite und wenig durchdachte Struktur viel Kritik ausgelöst hatte.

Viertens wurde deutlich, dass der Patriarch die langjährige Kritik an seine Adresse erhörte, die aus seiner Hausmacht (und der ganzen ROK) erfolgte, nämlich durch den Klerus und aktive Kirchgänger. Die waren der endlosen Anordnungen von oben müde, wie auch der Anforderung, über immer mehr Punkte Rechenschaft ablegen zu müssen. Kirill sprach erstmals von der zunehmenden Bürokratisierung der kirchlichen Tätigkeit, indem er erklärte, dass es keine weiteren Rechenschaftsauflagen geben werde, dass »uns die alte reicht« und man auf der Ebene der Vikariate den Bogen hier nicht überspannen solle.

Fünftens spricht Kirill zwar auf jeder Versammlung davon, dass die Predigt notwendig sei, doch war dieser Frage jetzt nicht einfach nur ein beträchtlicher Passus der Rede gewidmet, sondern es erklangen neue Töne. Nämlich, dass intensiv an einer Russifizierung einiger Aspekte des Gottesdienstes gearbeitet werde und gleichzeitig die Vereinfachung unverständlicher kirchenslawischer Elemente nicht aufhöre. Dabei wurde den Priestern ganz liberal vorgeschlagen, selbst »im Internet« vereinfachte Varianten der einzelnen Texte zu finden. Zudem sollten die Gläubigen der Gemeinde selbst entscheiden, ob diese Texte dann in den Gottesdienst integriert werden oder alles beim Alten bleibt. Das war die Passage, die anschließend von den weltlichen Nachrichten zitiert wurde. Ihre Bedeutung ist allerdings auch im Kontext der globalisierenden Mission der ROK zu verstehen, einer Mission, die jetzt tätig werden muss – und wobei der kirchliche Gottesdienst in der Muttersprache und in zeitgenössischer Sprache die Norm, und nicht eine Ausnahme ist.

Am Schluss der Rede des Patriarchen folgten zwei typische liberale Narrative. Zum einen äußerte er sich dagegen, dass junge (und auch andere) Kleriker sich für Details des Ehelebens interessieren und hierzu besonders ihre Meinung äußern. Zum anderen, dass die strengen Fastenvorschriften nur wenig mit unserem realen Leben zu tun haben. Der Priester kann und soll seinen Gemeindemitgliedern Milderungen gewähren und festlegen, was das Fasten in jedem konkreten Fall für sie bedeutet. Aus dem Mund des Patriarchen war diese Erklärung zweifellos ein Durchbruch.

Insgesamt zeigen uns diese Erklärungen, dass die vielzähligen Belege für eine ernste Krise der ROK in Russland und der Ukraine, da die ständigen Kirchgänger abwandern (Kirill hat diese Frage kein einziges Mal angesprochen), eine mehr als offensichtliche Grundlage haben. Ausführungen, dass 80 Prozent der Bevölkerung ihren Wurzeln nach orthodox seien, wie auch solche über ein »ukrainisches Brudervolk« haben aufgehört. Im Gegenteil: Jetzt sei es Aufgabe, um jeden verbliebenen Kirchgänger zu kämpfen, seinen Ärger und Stolz zu zügeln, die Menschen anzuhören und sie angemessen zu behandeln.

Fazit

Zusammenfassend wird klar, dass der Konflikt zwischen dem Ökumenischen Patriarchen und der ROK wegen der ukrainischen Frage weitreichende Folgen haben könnte (aber nicht unbedingt haben muss). Die ständige Konkurrenz zwischen der größten und reichsten orthodoxen Kirche und der ältesten und globalsten Kirche der Orthodoxie, der Wettbewerb um Einfluss und die Kontrolle über Territorien könnten möglicherweise in einem Bruch des Vertragsgewebes der Weltorthodoxie enden. Beide Seiten haben »Satellitenkirchen« in ihrem Gravitationsfeld, die bislang noch wechselseitig Beziehungen unterhalten und sich gegenseitig anerkennen, sowie sehr kleine Kirchenorganisationen, die sich früher außerhalb der Weltorthodoxie befunden hatten, nun aber bereit sind, sich unter neuen Bedingungen in ein von einem der beiden Gravitationszentren geschaffenes System einzufügen. Die »griechischen« Patriarchen und Kirchen könnten ihre eigene, stärker zeitgemäße und moderne Auslegung der Orthodoxie entwickeln. Die ROK und ihre konservativen Verbündeten sind einerseits nicht allzu sehr geneigt, auf Herausforderungen der Moderne zu reagieren. Andererseits haben sie nicht nur im Rahmen ihrer regionalen Agenda, sondern auch der globalen Agenda ein Paket von Vorschlägen. Die ROK verfügt über eine Vielzahl ernstzunehmender und weit zurückreichender Beziehungen zu unterschiedlichen orientalen christlichen Kirchen und könnte in diesen Ländern des Nahen Ostens, in denen die »griechischen« Patriarchate stark vertreten sind, ein ernstzunehmender Akteur bleiben – wenn sie sich neue genehmere Partner sucht, die ihre Sorge um die »christlichen Länder des Nahen Ostens«, die Druck und Gefahren ausgesetzt sind, zu schätzen wissen. Oder sie könnte die griechischen Patriarchate entlang mehrerer Linien spalten, für Konfrontationen

dort sorgen, oder sich innerhalb der Patriarchate Bischöfe wählen, die mit der ROK stärker freundschaftlich verbunden sein wollen als mit der Kirche in der Ukraine oder dem Ökumenischen Patriarchat. Die ROK verfolgt jetzt eine solche Option, indem sie ihre Sanktionen nur gegen jene Erzbischöfe der Kirche in Griechenland und des Patriarchats Alexandria verhängt, die nun die Orthodoxe Kirche der Ukraine erwähnen (also anerkennen).

Dadurch wird die Frage des missionarischen Vorgehens eine zentrale. Die ROK versucht, nachdem sie sich von der Konzeption der Russischen Welt verabschiedet und sich im Zuge des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine als insuffizient gezeigt hat, einen ethnischen Nationalismus der »griechischen« Kirchen aufzuzeigen (und das möglicherweise mit Erfolg). Sie bietet neuen Anhängern nun einen im Vergleich zu früheren Zeiten weiteren Rahmen für eine Integration. Sie stellt ihre missionarische Tätigkeit um, damit sie nicht nur russischsprachige Gläubige, sondern auch andere sprachliche und ethnische Gruppen erreicht. Einerseits ist offensichtlich, dass sie damit nur das wiederholt, was die »griechischen« Patriarchate in den vergangenen Jahrzehnten unternommen haben. Anderseits fallen die Dimensionen einer globalen Infrastruktur, die die ROK entwickeln und finanzieren kann (möglicherweise mit einer teilweisen oder sehr beträchtlichen Unterstützung durch den russischen Staat), ebenfalls ins Gewicht. Also könnte auf dem Markt der »Weltorthodoxie«, der nun durch keinerlei Übereinkommen mehr reguliert wird, eine erheblich schärfere Konkurrenz entstehen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor
Nikolay Mitrokhin wurde 1972 in Moskau geboren. Er war 2008 – 2014 und ist seit November 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa (FSO) der Universität Bremen. Er ist Autor zahlreicher Fachpublikationen (z. B. in den Zeitschriften »Osteuropa« und »Nowoje literaturnoje obosrenije«, NLO) sowie mehrerer Bücher, u. a.: Mitrokhin, N.: Die russische Partei: Die Bewegung der russischen Nationalisten [Soviet and Post-Soviet Politics and Society, Bd. 120], Hannover: Ibidem Verlag 2014.

Dieser Beitrag entstand im Rahmen des Forschungsprojektes »Ideologische Gruppen innerhalb der Russischen Orthodoxen Kirche in Russland und der Ukraine nach 2012: Eine vergleichende Studie zu ihrem Einfluss auf die Institutionen der Kirchenführung und ihrer Beziehung zum Staat«, das von Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird.

DEKODER

Die gesellschaftliche Wandlung nach 20 Jahren Putin

Juri Saprykin (Vedomosti)

Der folgende Beitrag des russischen Journalisten Juri Saprykin erschien ursprünglich am 12.08.2019 in der Zeitung Vedomosti und wurde von dekoder ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekoder

Winston Churchill wird ein Satz zugeschrieben, den im heutigen Russland wieder viele zitieren: Stalin, so der damalige britische Premierminister, habe das Land mit dem Pflug übernommen und mit der Atombombe hinterlassen. Als Wladimir Putin vor 20 Jahren an die Macht kam, war er ein weitgehend unbeschriebenes Blatt: Kaum jemand in Russland wusste etwas über den neuen Mann im Kreml. Vielerorts herrschte aber gleichzeitig Optimismus: Nach den katastrophalen 1990er Jahren, so der Tenor, könne es nur besser werden.

Obwohl der Präsident nach zwei Jahrzehnten weit davon entfernt scheint, von der Macht abzulassen, ziehen nun viele in Russland eine Bilanz seiner Politik. Was hat Putin von seinem Vorgänger Boris Jelzin übernommen? Und wie steht es um das heutige Russland?

In einem Parforceritt durch die neueste Geschichte Russlands geht auch der Journalist Juri Saprykin diesen Fragen für Vedomosti nach.

Putin – Geisel der 1990er Jahre?

Die dramatischen Ereignisse im Russland der späten 1990er Jahre – der Krieg zwischen Oligarchen und Regierung, der krisengebeutelte August 1998, das Wechselspiel um die Ministerpräsidenten, der Beginn des Zweiten Tschetschenienkriegs, Jelzins Rücktritt und die Wahl seines Nachfolgers – waren eingerahmt von der Veröffentlichung zweier Filme von Regisseur Alexej Balabanow um ein und denselben Protagonisten. Der Zweiteiler Brat [dt. Der Bruder] hat, wie es heute scheint, den Nerv der gesellschaftlichen Erwartungen wie nichts anderes getroffen, er formulierte die Forderung an die zukünftige Regierung und sagte in vielem die Logik ihrer Entwicklung voraus.

»In der Wahrheit liegt die Kraft«

Die nationale Idee, an deren Entwicklung in Jelzins Auftrag ganze Intellektuellenstäbe geschuftet hatten, wurde vom Protagonisten Danil Bagrow in ein paar wenigen lakonischen Sätzen auf den Punkt gebracht. Brat-1 formulierte die Forderung nach einer Wiederherstellung der Gerechtigkeit in ihren grundlegendsten Formen: Die Schwachen müssen geschützt und die enthemmten Starken in die Schranken gewiesen werden. Brat-2 fing das Gefühl der nationalen Demütigung ein, die aus der Niederlage im Kalten Krieg und dem Auseinanderbrechen der gewohnten Lebensordnung folgte. Die mittlerweile abgegriffene Phrase »in der Wahrheit liegt die Kraft« las sich 1999 nicht als Verweis auf eine geheimnisvolle russische Seele, sondern als Appell an einfache ethische Grundregeln, als Hoffnung auf ein Leben, in dem nicht alles von Geld oder roher Gewalt bestimmt wird, in dem es ein Oben und ein Unten gibt, Schwarz und Weiß. Die rasant wachsende Zustimmung für Putin Ende 1999 war die Hoffnung auf einen Leader, der zwischen Gut und Böse unterscheiden und das Böse abwehren kann. Wer die Wahrheit hat, hat die Kraft.

Notwendiger Preis für die Erlösung aus dem Notstand

Das Publikum, dem Charme von Schauspieler Sergej Bodrow jr. gänzlich erlegen, verzeiht seinem Helden die unlauteren Methoden. Genau so verschloss die Gesellschaft Anfang der 2000er Jahre die Augen vor der Tatsache, dass die Wiederherstellung der Spielregeln in Wirtschaft und Medien mit einer gewaltsamen Einverleibung des Privateigentums einherging und die Spezialeinsätze gegen Terroristen mit exorbitanten zivilen Opferzahlen. Das wahllose Geballer im Film und die ausufernden Gewaltmethoden in der russischen Politik lassen sich auf die außergewöhnlichen Umstände schieben: Die Menschen sahen darin den notwendigen Preis für die erhoffte Erlösung aus dem Notstand und die Wiederherstellung der Normalität.

Der Staat unter Putins erster Amtszeit zwang niemandem seine Ideologie auf, mischte sich nicht ins Privatleben ein; er schuf die Bedingungen für Wirtschaftswachstum und neue Konsummöglichkeiten, und selbst die Serie von Katastrophen und Tragödien Anfang der 2000er Jahre (Kursk, Nord-Ost, Beslan) vermochte nicht das Vertrauen zu erschüttern, dass das Leben sich in die richtige Richtung bewegt. Wir fliegen nach Hause.

Putin als Geisel der Weltsicht

Allmählich entwickelte die Regierung ihren eigenen Stil, ihre eigenen Manieren – und dieser Verhaltenskodex war dem von Danila Bagrow verdächtig ähnlich. Was im Film als groteskes Detail daherkommt, ein Produkt der Ironie des Regisseurs, ließ sich am einfachsten umsetzen: der Antiamerikanismus, der Gossenslang, die Sowjetnostalgie, die vetternwirtschaftliche Solidarität – das alles ging in die Alltagspraxis der Staatsmacht über, während die Wiederherstellung der Gerechtigkeit und die endgültige Rückkehr zum normalen Leben in noch weitere Ferne rückten. Das politische Regime, das sich unter Putin formierte und seine Legitimität weitgehend aus dem Versprechen zog, es werde »keine Rückkehr in die wilden 1990er« geben, wurde de facto zur Geisel der Weltsicht und der Methoden jener 90er Jahre, wo Wohlstand von der Nähe zum Thron abhing, Gesetze per Handsteuerung umgesetzt wurden und die Kraft letzten Endes immer in Geld bemessen wurde.

Der gegen Banditen kämpfende Danila schafft es nicht, sich im friedlichen Leben zurechtzufinden – und genauso beginnt auch die neue Staatsmacht, nachdem sie die Krisenzeiten der 2000er Jahre überlebt hat, die Krisen selbst zu generieren. Die YUKOS-Affäre, Einschüchterungsaktionen durch kremltreue Halbstarke, der Druck auf die Presse, die Ermordung Anna Politkowskajas – das war sicher nicht das, was die Gesellschaft im Sinn hatte, als sie sich einen starken und gerechten Leader erhoffte, aber die Staatsmacht hatte bereits begonnen, nach ihrer eigenen Logik zu leben, in der sie die zunehmenden Spannungen mit sportlichen Siegeszügen und einer aggressiven außenpolitischen Rhetorik ausbügelt.

Für die am Westen orientierte Schicht wurde der Staat ein Dienstleister

Das Bedürfnis nach Stabilität in ihrer zutiefst kleinbürgerlichen Variante – der Regeneration des täglichen Lebens – wurde in den 2000er Jahren von unten erfüllt, durch einen Konsum-, Tourismus- und Gastronomieboom. Die Großstadtbevölkerung gewöhnte sich an den Gedanken, dass »man gut leben muss«, und begegnete auch der Regierung mit derselben Konsumentenhaltung: Für die am westlichsten orientierte Schicht

wurde der Staat nur einer von vielen Dienstleistern, und er sollte effektiv arbeiten, zusätzliche Annehmlichkeiten schaffen und für die öffentliche Kontrolle transparent sein.

Die Modernisierungsrhetorik der Medwedew-Epoche stützte diese Erwartungen, während sie ihre Erfüllung weiter auf eine undefinierte Zukunft verschob. In der Praxis sahen sich die Bürger zunehmend mit korrumpierten Beamten, polizeilicher Willkür und Gerichten konfrontiert, die manuell gesteuert werden. Die per Handsteuerung entschiedene Machtfrage signalisiert deutlich, dass dieses Lebenskonstrukt unverändert bleiben und die in die Zukunft verschobene »Normalisierung« endgültig von der Tagesordnung gestrichen wird. Über der unter Putin aufgewachsenen Mittelschicht liegt eine Wolke der Hoffnungslosigkeit, im russischen Facebook diskutiert man die Möglichkeiten der äußeren oder inneren Emigration. Der Anfall der kollektiven Depression entlud sich in den aufflammenden Protesten im Winter 2011/12, woraufhin Stabilität und Gerechtigkeit endgültig zu rhetorischen Figuren verkamen, die nur dazu da sind, beim »Direkten Draht« des Präsidenten mantraartig wiederholt zu werden.

In den Protesten 2011/12 entlud sich eine kollektive Depression

Seit 2012 versucht der Staat nicht mehr, eine in der Luft umherflirrende nationale Idee einzufangen oder einer unausgesprochenen gesellschaftlichen Forderung nachzukommen. Er formuliert erstmals in seiner postsowjetischen Geschichte eine eigene offizielle Quasi-Ideologie, die das Fundament der nationalen Identität bilden soll. Russland sei ein besonderes Land. Seine Basis sei eine starke Führung, der Patriotismus, die Ehrfurcht vor der Religion und traditionellen Familienwerten. Es ist (und war schon immer) umzingelt von Feinden, die ihm seine Naturreichtümer und moralische Erhabenheit neiden. Außerdem habe Russland den Faschismus besiegt und würde das im Notfall wiederholen. Diese Ideologie wird durch eine Reihe von Propagandakampagnen untermauert, die die Gesellschaft gegen eine herbeikonstruierte äußere Gefahr mobilisieren, etwa Aktionskünstler und -künstlerinnen, die den orthodoxen Glauben verhöhnen, homosexuelle Propaganda, die an den Grundfesten der intakten Familie rüttelt, oder Ausländer, die russische Kinder außer Landes bringen.

Dieser Mobilisierungsimpuls kulminiert in einem neuen »Krieg gegen den Faschismus«, der 2014 auf den Fernsehbildschirmen entfacht wurde, wobei seine wichtigste territoriale Eroberung und die begleitende nationale Euphorie nicht das Ergebnis waren, sondern der Geschichte vorausgingen.

Über den höheren Sinn der Notwendigkeit, mit Schlagstöcken auf Jugendliche einzudreschen

Die neue Ideologie ist nicht nur eine Quasi-, sie ist eine Soft-Ideologie: Sie erfordert weder aufrichtigen Glauben noch Enthusiasmus, es genügen ritualartige Loyalitätsbekundungen. Auch ihr Anwendungsradius ist begrenzt: Sie kann einem Omon-Mitarbeiter erklären, worin der höhere Sinn der Notwendigkeit besteht, mit einem Schlagstock auf einen Jugendlichen einzudreschen, sie kann als Kompensationsmechanismus für die Bewohner von Mono-Siedlungen fungieren, die ohne jede Perspektive ihr Dasein fristen – und sich vor der Hoffnungslosigkeit in das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem großartigen Land retten. Aber diese Version der nationalen Identität beantwortet in keiner Weise das Bedürfnis, aus dem die heutige Staatsmacht einst geboren wurde – das Bedürfnis nach Gerechtigkeit, dem Einhalten ethischer Normen, nach verständlichen und allgemeingültigen Spielregeln.

Die nationale Idee findet sich heute in populären YouTube-Serien wieder

Die Konfrontation zwischen gesellschaftlichen Kräften einerseits – die von der Staatsmacht fordern, sie solle sich ändern (oder veränderbar werden) – und der Staatsmacht andererseits – die weder das eine noch das andere zu tun gedenkt – könnte sich noch lange hinziehen und selbst zu einer nationalen Besonderheit Russlands werden. Es ist jedoch interessanter, sich etwas anderes anzuschauen: nämlich jene Formen von Patriotismus und nationaler Identität, die heute von unten entstehen, unabhängig vom Staat, und die die Gesellschaft in Zukunft einen könnten.

Die Neuformulierung der nationalen Idee, die sich in den 1990ern in Brat konzentrierte, findet sich heute verstreut in populären YouTube-Serien und -Shows, in den Aufnahmen der neuen Generation von Hip-Hop-Musikern und in den Arbeiten von Street Art-Künstlern. Da ist ein lokaler Patriotismus – ein Gefühl der Zugehörigkeit nicht zu einer staatlichen Abstraktion, sondern zu einem konkreten Ort, den man mit Sorgfalt, Respekt und Aufmerksamkeit behandeln muss. Das macht sich im Erstarken der Heimatkunde und der Neubewertung des regionalen historischen Erbes bemerkbar, aber auch im boomenden Inlandstourismus, dem Trend zur Landwirtschaft und regionalen Produkten und so weiter.

Das Leben in Russland rockt

Da ist die Ästhetisierung des Alltags in der russischen Provinz, eine Aufwertung ihrer noch so unansehnlichen Erscheinungsformen, seien es Plattenbauten oder Trainingsanzüge als die Uniform der Außenbezirke. Da ist

eine völlig andere Sicht auf die 1990er Jahre – nicht als das »wilde« Jahrzehnt oder die »Zeit der Freiheit«, sondern als die tragische und heldenhafte Epoche, der wir alle entstammen. Da ist die allmählich erworbene Fähigkeit zur Zusammenarbeit, zum gemeinsamen gesellschaftsrelevanten Handeln, dem Zusammenschluss mit Nachbarn, Arbeitskollegen und Gleichgesinnten für ein gemeinsames Ziel, sei es, um gegen die Abholzung des Parks vor der Haustür zu kämpfen oder um einem Waisenhaus in der Nachbarschaft oder einem unschuldig verhafteten Kommilitonen zu helfen. Da ist der neue Umgang mit den Tragödien der Vergangenheit, eine neue Art der Erinnerungskultur, in der nicht nur Kriegshelden der kollektiven Erinnerung und Ehre würdig sind, sondern auch die Opfer eines verbrecherischen Regimes oder einfache Bürger, die dessen Inkompetenz mit ihrem Leben bezahlen mussten. Da ist nicht zuletzt die Überwindung des nationalen Minderwertigkeitskomplexes, der der älteren Generationen eigen ist, hin zu einem nüchtern-gelassenen Gefühl, dass die »Russen schon okay« sind (wie es im Videoprojekt von Jelisaweta Ossetinskaja heißt) und das Leben in Russland trotz allem »rockt« (wie es [Juri] Dud auf seinem Instagram-Account formuliert).

Und da ist dieser Graben zwischen Staatsmacht und Gesellschaft – einer Gesellschaft, die bereit ist, ihre Geschichte und Identität anzunehmen und zu reflektieren, ohne darauf zu warten, dass diese Prinzipien oktroyiert werden, die bereit ist, Verantwortung für ihr Leben zu übernehmen, ohne darauf zu warten, dass der Staat ihre Probleme löst – das ist möglicherweise die am meisten hoffnungsspendende Nachricht des ausklingenden Jahrzehnts.

Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von Jennie Seitz

Über den Autor

Jury Saprykin (geb. 1973) ist ein russischer Journalist. Bekannt geworden ist er insbesondere durch seine Arbeit als Chefredakteur beim Online-Magazin »Afisha.ru«. 2011/2012 war er maßgeblich an der Organisation der Protestreihe »Sa tschestnyje wybory« (dt. »Für freie Wahlen«) am Bolotnaja-Platz in Moskau beteiligt. In den Jahren 2011 bis 2014 arbeitete er als Chefredakteur der Mediengesellschaft »Afisha-Rambler«. 2015 wechselte er in das Verlagshaus der »Moscow Times«, wo er als Redaktionsleiter tätig ist.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter https://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2019/08/13/808649-20-let-putina, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter https://www.dekoder.org/de/article/20-jahre-putin-gesellschaft-wandel.

Dieser Beitrag wurde übernommen im Rahmen des Projektes »Wissenstransfer² – Russlandstudien«, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dekoder.org mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung durchgeführt wird.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Vedomosti und Juri Saprykin für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

RATING

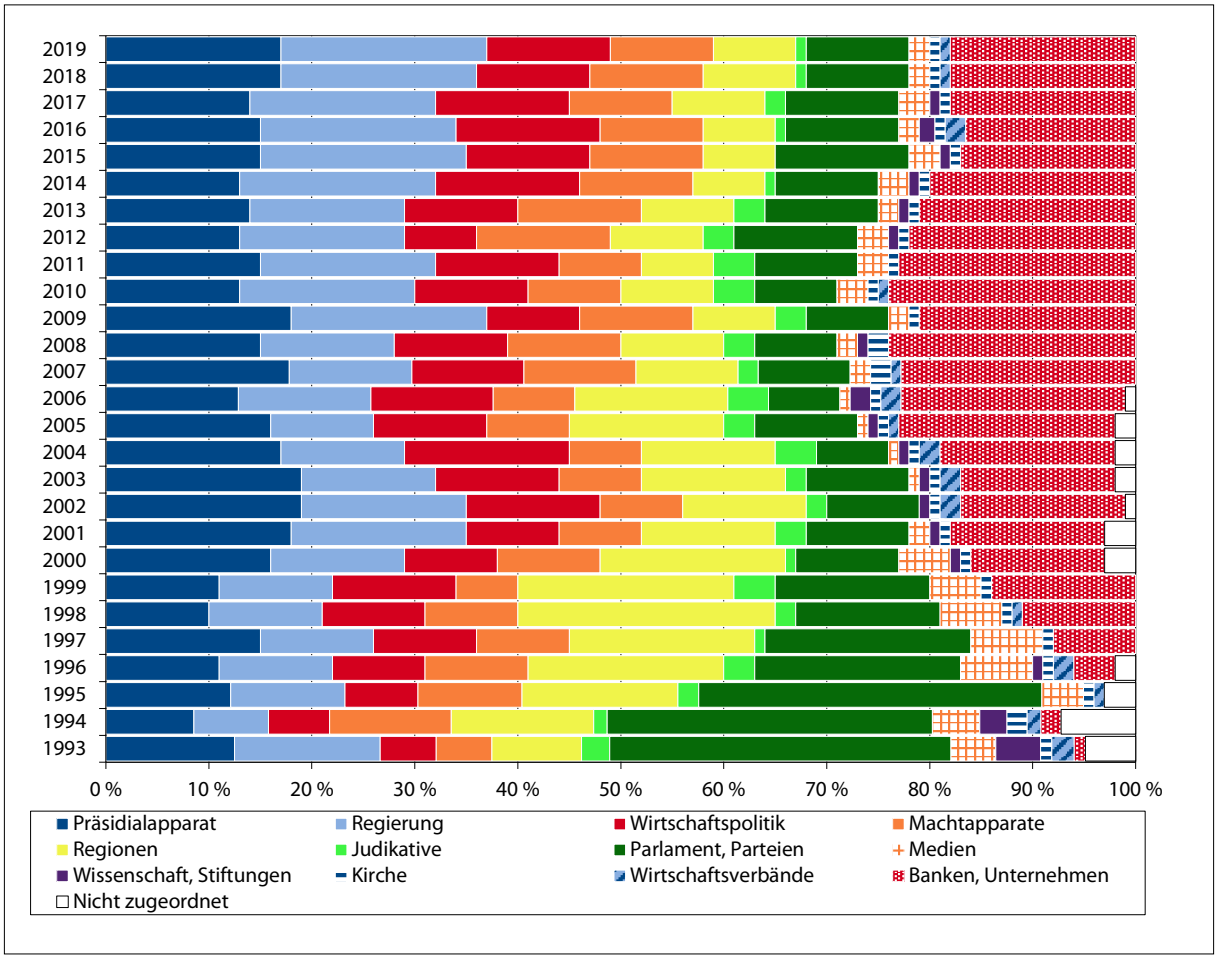
Die politische Elite im Jahr 2019

Zur Bedeutung des Ranking

Das Ranking, das die »Nesawisimaja gaseta« monatlich publiziert und dann einmal im Jahr zusammenfasst, misst nicht reale Macht. Es gibt Einschätzungen der befragten Politiker und Experten wieder. Dokumentiert werden also Perzeptionen politischer »Wichtigkeit«, die Führungselite wird über einen Reputationsansatz identifiziert, nicht aufgrund der Position oder des – ohnehin nur sehr schwer messbaren – Einflusses auf Entscheidungsprozesse.

Die Rankings, die erstmal 1993 publiziert wurden, geben also die Wahrnehmungen der politischen Klasse wieder und erlauben – **mit der gebührenden Vorsicht** – Rückschlüsse auf die Entwicklung des politischen Systems. Gruppiert man die Politiker nach ihren Funktionen, dann wird deutlich, dass sich die Gewichte innerhalb der Führungsebene durchaus verschieben können – am deutlichsten zwischen 1993 und 1999 –, dass sich aber seit dem Amtsantritt Putins als Präsident im Jahr 2000 eine stabile Mehrheit von Vertretern der Exekutive (Präsidialadministration, Regierung, Wirtschaftspolitiker, Machtapparate) herausgebildet hat. Die zweitwichtigste Gruppe sind die Wirtschaftsakteure, die staatliche oder private Großunternehmen und Banken leiten. Es ist diese Partnerschaft von Exekutive und Kapital, die die politische Realität Russlands seit 19 Jahren bestimmt.

Grafik 1: Perzeption der Bedeutung von Elitegruppen in Russland (1993 – 2019)



Quelle: Alljährliche Ratings in der Nesawisimaja Gaseta, zuletzt: Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2019 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 13 Januar 2020 http://www.ng.ru/ideas/2020-01-13/7_7766_people.html.

Während sich das Verhältnis zwischen den Elitengruppen seit 2000 nur unwesentlich verschiebt (Ausnahme ist allein das Krisenjahr 2009) und sich eine Konsolidierung der oberen 20 Ränge, wie in den Jahren zuvor, vollzieht, gibt es bei einzelnen Elitenvertretern durchaus Wechsel, die sich 2019 gestaltet haben. Einen Sprung in der Platzierung haben der

Leiter des Auslandsnachrichtendienstes SWR, Sergej Naryschkin (von Platz 38 auf Platz 29), und der Stellvertretende Ministerpräsident (zuständig für Sport, Tourismus und Jugendpolitik), Witalij Mutko (von Platz 48 auf Platz 34-35), gemacht. Neu in die Top 50 aufgestiegen und einen erheblichen Zuwachs an Plätzen haben folgende Vertreter der Exekutive gemacht: der Energieminister Aleksandr Nowak (34-35), der Stellvertretende Ministerpräsident zuständig für Landwirtschaft und Umwelt Aleksej Gordeew (48), der Leiter der Präsidialadministration Aleksandr Charitschew (49) und der Stellvertretende Ministerpräsident Jurij Borisow (50). Mit Walerij Gerasimov, dem Chef des Generalstabs der Streitkräfte der Russischen Föderation und Vertreter des Verteidigungsministers (39), ist ein weiteres Mitglied der Sicherheitsorgane in die Top 50 aufgestiegen. Die Sicherheitsorgane sind nach wie vor mit starken, Einfluss nehmenden Akteuren im Ranking vertreten, wie Sergej Schojgu (3), dem Direktor des FSB Alexandr Bortnikow (8), dem Sekretär des Sicherheitsrates Nikolaj Patruschew (14), Wiktor Solotow (26) oder dem Innenminister Wladimir Kolokolzew (32). Was sich aus diesen Angaben auch dieses Jahr aufs Neue ablesen lässt, ist eine Konsolidierung des Vorrangs der Präsidialadministration, des unmittelbaren Einflussbereichs des Präsidenten und der Sicherheitsorgane, aber auch ein Generationswechsel. Die Weggefährten Putins aus den Transformationsjahren werden durch eine jüngere Generation abgelöst, die eher einen technokratischen Zugriff haben. Herrschaft wird damit wahrscheinlich effizienter. Ob diese Generation (zu der auch viele der neuernannten Gouverneure gehören) gewillt und in der Lage ist, die anstehen Strukturreformen in Wirtschaft und Gesellschaft durchzusetzen, steht abzuwarten.

Hauptvertreter der parlamentarischen Opposition, wie Gennadij Sjuganow oder Wladimir Schirinowskij, spielen kaum eine Rolle und tauchen nicht unter den 50 einflussreichsten politischen Akteuren in Russland 2019 auf, sondern befinden sich auf den Rängen dahinter. Politische Eliten der außerparlamentarischen Opposition und von Protestbewegungen wurden im Ranking zur Wahl gestellt, schafften es jedoch nicht in das Ranking aufgenommen zu werden.

Verluste in der Platzierung mussten der Patriarch Kirill (von Platz 17 auf Platz 27) und der Unternehmer Alischer Usmanow (von Platz 36 auf Platz 46) hinnehmen. Aus den Top 50 schieden Ramsan Kadyrow, der Präsident der Teilrepublik Tschetschenien, Sergej Iwanow, u. a. Mitglied des Sicherheitsrats, und der Leiter der föderalen Steuerbehörde und aktuell designierter Ministerpräsident, Michail Mischustin aus. Sie finden sich 2019 auf den knapp darunter liegenden Plätzen 54, 55-57 und 55-56 wieder. Aus dem Ranking der Top 50 ausgeschieden sind ebenso der Minister für Notstand, Zivil- und Katastrophenschutz, Ewgenij Sinitschew (65), und der Stellvertretende Ministerpräsident mit Zuständigkeit für den Rüstungsbereich, Dmitrij Rogosin (63-64). Beide haben beträchtlich an Bedeutung verloren.

Zur Methodik

Ermittelt wird das Ranking durch die Befragung von Politikern bzw. Politikexperten (monatlich schwankend zwischen 24 und 27), die eine Liste ausgewählter Akteure auf einer 10-Punkte-Skala bewerten. Sie können auch ihrerseits Personen benennen, die dann der Liste hinzugefügt werden. Die Auswahl beschränkt sich nicht auf Inhaber von Regierungsämtern, Abgeordnete und Parteipolitiker, sie bezieht auch Regionalvertreter, Juristen, Medienvertreter, Kirchenleute und Wirtschaftsakteure mit ein. Aus den Punktewertungen werden Durchschnittswerte ermittelt. Die Punktzahl entscheidet über den Platz im Ranking. Am Ende des Jahres werden aus den Monatsrankings Durchschnittswerte ermittelt, aus denen sich dann das Jahresranking der »100 führenden Politiker« ergibt. Hier abgebildet sind Vertreter politischer Eliten der Plätze 1 bis 20 mit sehr hohem Einfluss und der Plätze 21 bis 50 mit hohem Einfluss sowie aus aktuellem Anlass Michail Mischustin, der designierte Ministerpräsident.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Tabelle 1: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2019 im Vergleich zu den Vorjahren

Name	Funktion	Position im Ranking				
		2019	2018	2017	2016	2015
Putin, Wladimir	Präsident der Russischen Föderation	1	1	1	1	1
Medwedew, Dmitrij	Ministerpräsident der Russischen Föderation	2	2	2	2	2
Schojgu, Sergej	Verteidigungsminister	3	4	5	3	6
Wajno, Anton	Leiter der Präsidialadministration (seit August 2016)	4	3	3	12	40
Kirijenko, Sergej	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration (zuständig für innenpolitische Entwicklung und Gesellschaft)	5	5	6	47	67

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2019 im Vergleich zu den Vorjahren (Fortsetzung)

Name	Funktion	Position im Ranking				
		2019	2018	2017	2016	2015
Siluanow, Anton	Finanzminister, Erster stellvertretender Vorsitzender der Regierung	6	7	9	9	11
Setschin, Igor	Präsident des staatlichen Energiekonzerns »Rosneft«. Gilt als führender »Silowik« (Angehöriger der »Machtorgane«, d. h. Militär, Polizei und Geheimdienste)	7	6	4	7	7
Bortnikow, Alexander	Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	8	8	10	10	8
Lawrow, Sergej	Außenminister	9	10	8	5	4
Tschemesow, Sergej	Generaldirektor des staatlichen Rüstungs- und Technologiekonzerns »Rostech«	10	9	14	21	22
Peskow, Dmitrij	Pressesekretär des Präsidenten, Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration	11	11	11	13	9
Bastrykin, Alexander	Vorsitzender des Strafermittlungskomitees der Russischen Föderation	12	13	15	17	13
Wolodin, Wjatscheslaw	Vorsitzender der Staatsduma; bis Oktober 2016 Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration	13	12	7	4	5
Patruschew, Nikolaj	Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation. Bis 2008 Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	14	18	17	16	20
Sobjanin, Sergej	Bürgermeister der Stadt Moskau	15	15	19	20	18
Nabiullina, Elwira	Vorstandsvorsitzende der Zentralbank der Russischen Föderation	16	14	13	11	16
Miller, Alexej	Vorstandsvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats des Energiekonzerns »Gazprom«	17	20	24	18	15
Kowaltschuk, Jurij	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär, Vorsitzender des Direktorenrats der »Bank Rossija«	18	22	22	26	30
Gromow, Alexej	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration	19	16	21	19	17
Gref, German	Vorstandsvorsitzender der »Sberbank«, früherer Wirtschaftsminister	20	21	20	23	32
Golikowa, Tatjana	Stellvertretende Ministerpräsidentin für Sozialpolitik (bis 18.05.2018 Vorsitzende des Rechnungshofes der Russischen Föderation)	21	19	31	28	27
Kosak, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Sewastopol und die Krim. Gilt als eine der Schlüsselfiguren in der Umgebung Putins.	22	26	34	49	26
Rotenberg, Arkadij	Milliardär, Finanzier, langjähriger Judoka, Sportförderer	23	23	25	22	37
Matwijenko, Walentina	Vorsitzende des Föderationsrates	24	28	30	25	21
Beloussow, Andrej	Berater des Präsidenten, zuständig für Wirtschaftsfragen	25	24	26	34	36
Solotow, Wiktor	Armeegeneral, Oberbefehlshaber der Nationalgarde (seit April 2016)	26	25	18	15	-
Kirill	Patriarch von Moskau und der ganzen Rus	27	17	16	8	12
Tschajka, Jurij	Generalstaatsanwalt der Russländischen Föderation	28	27	29	29	28
Naryschkin, Sergej	Leiter des Auslandsnachrichtendienstes SWR, bis Herbst 2016 Vorsitzender der Staatsduma	29	38	40	24	19
Golodez, Olga	Stellvertretende Ministerpräsidentin, Gesundheits- und Sozialpolitik	30	31	27	30	24
Timtschenko, Gennadij	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär, früher Mitbesitzer der »Gunvor Group«	31	35	32	35	29
Kolokolzew, Wladimir	Innenminister	32	30	33	32	25
Kudrin, Aleksej	Vorsitzender des Rechnungshofs	33	29	55	51	72-73
Nowak, Aleksandr	Energieminister	34-35	54	55-56	60-61	58-59
Mutko, Witalij	Stellvertretender Ministerpräsident (zuständig für Sport, Tourismus und Jugendpolitik), Präsident des russischen Fußballverbandes (lässt dieses Amt seit dem 25.12.2017 ruhen)	34-35	48	49	67	85

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2019 im Vergleich zu den Vorjahren (Fortsetzung)

Name	Funktion	Position im Ranking				
		2019	2018	2017	2016	2015
Kostin, Andrej	Finanzmann, Vorstandsvorsitzender der staatlichen Außenhandelsbank VTB	36-37	32	42	64	39
Akimow, Maksim	Stellvertretender Ministerpräsident, Digitales, Kommunikation und Infrastruktur (bis 18.05.2018 Erster Stellvertretender Leiter der Regierungsverwaltung)	36-37	41	-	-	-
Artemjew, Igor	Leiter des Antimonopoldienstes	38	33	47	39	48
Gerasimow, Walerij	Chef des Generalstabs der Streitkräfte der Russischen Föderation, Vertreter des Verteidigungsministers	39	52	69	83	90-92
Jarin, Andrej	Leiter der Abteilung für Innenpolitik in der Präsidialadministration	40	34	35	-	-
Brytschowa, Larissa	Beraterin des Präsidenten, Leiterin der Abteilung für Staat und Recht in der Präsidialverwaltung	41	37	46	42	47
Turtschak, Andrej	Stellvertretender Vorsitzende des Föderationsrates der Föderalversammlung	42	49	-	-	-
Manturow, Denis	Minister für Industrie und Handel	43	43	48	57	70
Trutnew, Jurij	Stellvertretender Ministerpräsident, Bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten für den Föderalbezirk Fernost	44	42	41	41	43
Ernst, Konstantin	Produzent, Medienmanager und CEO des Ersten Kanals	45	45	58	46	41
Usmanow, Alischer	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär	46	36	36	38	38
Oreschkin, Maksim	Minister für Wirtschaftsentwicklung	47	39	-	-	-
Gordeew, Aleksej	Stellvertretender Ministerpräsident Landwirtschaft und Umwelt	48	62	-	-	-
Charitschew, Aleksandr	Leiter der Präsidialadministration (seit Juni 2018)	49	66	-	-	-
Borisow, Jurij	Stellvertretender Ministerpräsident	50	82	-	-	-
Mischustin, Michail	Leiter der föderalen Steuerbehörde	55-57	46	52	55	-

Fett *hervorgehoben sind die Regierungsvertreter, die zum Stand 23.01.2020 ihren Posten in der neu gebildeten Regierung behalten haben.*

Aus aktuellem Anlass ist der Leiter der föderalen Steuerbehörde, Michail Mischustin, in das Ranking der Top 50 mit aufgenommen worden.

Quellen: Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2019 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 13. Januar 2020 http://www.ng.ru/ideas/2020-01-13/7_7766_people.html; *Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2018 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 10. Januar 2019* http://www.ng.ru/ideas/2019-01-09/7_7477_ideas.html, *10. Januar 2019; Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2017 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 11. Januar 2018* http://www.ng.ru/ideas/2018-01-11/57148100polytics.html, *11. Januar 2018; Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2016 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 11. Januar 2017* http://www.ng.ru/ideas/2017-01-11/56899100politik.html, *11. Januar 2017; Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2015 godu, in: Nesawisimaja Gaseta,13. Januar 2016* http://www.ng.ru/ideas/2016-01-13/9top100.html, *13. Januar 2016.*

CHRONIK

9. Dezember 2019 – 11. Januar 2020

09.12.2019	Der russische Innenminister Wladimir Kolokolzew gibt bekannt, dass seit April 2019 etwa 160.000 Anträge auf Erteilung der russischen Staatsbürgerschaft von Einwohnern der selbsternannten Volksrepubliken Donezk (DNR) und Luhansk (LNR) in der Ostukraine gestellt worden seien. 125.000 Menschen haben die russische Staatsbürgerschaft bereits erhalten. Ende April 2019 hatte der russische Präsident Wladimir Putin ein Dekret zur Erleichterung der Vergabe der russischen Staatsbürgerschaft an Einwohner der DNR und LNR unterzeichnet.
09.12.2019	Die Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) teilt mit, dass sie russischen Sportlern das Recht auf Teilnahme an internationalen Sportwettbewerben für vier Jahre entzieht. Russische Athleten, die sich nicht des Dopings schuldig gemacht haben, dürfen jedoch weiterhin unter neutraler Flagge starten.
09.12.2019	Die Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) teilt mit, dass der Ausschluss Russlands von internationalen Sportereignissen in den kommenden vier Jahren auch die russische Fußballnationalmannschaft betrifft. Diese darf bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Katar im Jahr 2022 nur unter neutraler Flagge starten.
09.12.2019	In Paris treffen sich der russische Präsident Wladimir Putin, seine Amtskollegen aus Frankreich, Emmanuel Macron, und der Ukraine, Wolodymyr Selensky, sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel zum ersten Mal seit drei Jahren im sogenannten »Normandie-Format« zu Gesprächen über die Situation in der Ostukraine. Es ist das erste persönliche Zusammentreffen Putins und Selenskys seit dessen Wahl im April 2019. Putin zeigte sich auf der anschließenden Pressekonferenz zufrieden mit den Gesprächen.
09.12.2019	Der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Verordnung, mit der er Irina Golosnaja als Leiterin des Föderalen Dienstes zur Regulierung des Alkoholmarktes entlässt. Golosnaja war im November wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch verhaftet, in der Zwischenzeit wegen Verfahrensfehlern aber wieder aus der Haft entlassen worden.
10.12.2019	In München verstirbt nach einer Herzoperation der ehemalige Moskauer Bürgermeister Jurij Lushkow im Alter von 84 Jahren. Lushkow war von 1992 bis 2010 Moskauer Bürgermeister. In seine Amtszeit fällt der Moskauer Bauboom um die Jahrtausendwende. Gleichzeitig wurden ihm Korruption und die Zerstörung der historischen Zentren vorgeworfen. Im Jahr 2010 wurde er von Ministerpräsident Dmitrij Medwedew von seinem Posten entlassen. Die Entlassung wurde mit einem Vertrauensverlust begründet.
10.12.2019	In Washington treffen sich der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein US-amerikanischer Amtskollege Michael Pompeo. Erörtert werden unter anderem Fragen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten beider Länder durch die jeweilige Gegenseite. Gleichzeitig bekundete Russland seine Bereitschaft zur Verlängerung des im Jahr 2021 auslaufenden START-Vertrages (Strategic Arms Reduction Treaty), der zum Ziel hat, die Atomwaffenarsenale Russlands und der USA zu reduzieren. Die USA hatten angekündigt, dass eine Verlängerung des Vertrages in seiner derzeitigen Form über 2021 hinaus unwahrscheinlich sei.
11.12.2019	Nach einem Treffen des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow warnte Trump Lawrow vor einer Einmischung Russlands in die US-Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020. Lawrow hingegen zeigte sich verwundert, bei dem Treffen habe man über dieses Thema gar nicht gesprochen.
12.12.2019	Als Reaktion auf die Ausweisung zweier russischer Diplomaten aus Deutschland in Verbindung mit dem sogenannten »Tiergarten-Mord« im August 2019 verweist Russland zwei deutsche Botschaftsmitarbeiter des Landes. Begründet wird diese Reaktion mit dem im Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961 festgelegten Prinzip der Gegenseitigkeit.
12.12.2019	Bei einem Brand auf dem russischen Flugzeugträger »Admiral Kusnezow« wurden laut offiziellen Angaben 14 Menschen verletzt, eine Person verstarb, zwei weitere werden vermisst. Das Feuer sei im Laderaum als Folge von Schweißarbeiten ausgebrochen.
12.12.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin entlässt per Dekret den Gouverneur der jüdischen autonomen Oblast, Aleksandr Lewintal, in den Ruhestand. Gleichzeitig ernennt Putin Rostislaw Goldschtejn zu Lewintals Nachfolger. Goldschtejn ist seit 2015 Abgeordneter der Region im Föderationsrat.
13.12.2019	In Murmansk wird ein nach einem Brand auf dem Flugzeugträger »Admiral Kusnezow« vermisster Offizier tot aufgefunden. Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer auf zwei. Der Brand war am 12. Dezember 2019 bei Reparaturarbeiten ausgebrochen.
16.12.2019	Das Basmannyj-Bezirksgericht in Moskau verurteilt den ehemaligen Finanzminister der Oblast Moskau, Aleksej Kusnezow, zu 14 Jahren Haft wegen Veruntreuung. Das Gericht befindet Kusnezow in 22 Fällen der Veruntreuung, der Geldwäsche und des Betrugs für schuldig. Er soll mit Komplizen in den Jahren 2005 bis 2008 insgesamt 14 Milliarden Rubel (etwa 202 Millionen Euro) veruntreut haben.

17.12.2019	Laut einer aktuellen Umfrage des »Lewada-Zentr« hat sich die Einstellung der Russen zu den USA und der EU seit 2018 positiv verändert. 47 % haben demnach eine positive Einstellung zu den USA, 52 % zur EU. Im Mai 2018 antworten noch 20 %, sie sähen das Verhältnis zu den USA positiv, 28 % sagten dies über die EU.
19.12.2019	In Moskau findet die 15. Jahrespressekonferenz des russischen Präsidenten Wladimir Putin vor 1.895 akkreditierten Journalisten statt. Putin kritisiert unter anderem den Ausschluss Russlands von internationalen Sportereignissen als politische Entscheidung. Außerdem kündigt er Gegenmaßnahmen an, gegen die wegen des Baus der Gaspipeline »Nord Stream 2« von den USA verhängten Sanktionen und äußert Hoffnung auf eine Einigung im Donbass-Krieg.
19.12.2019	Bei einem Schusswechsel vor dem Hauptgebäude des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) auf dem Lubjanskaja Ploschtschad in Moskau kommt ein FSB-Mitarbeiter ums Leben, fünf Menschen werden verletzt, darunter ein Zivilist. Der Attentäter wird getötet. Das Ermittlungskomitee leitet ein Untersuchungsverfahren ein.
19.12.2019	Russland und die Ukraine treffen eine Grundsatzvereinbarung über den Gastransit durch die Ukraine in die Europäische Union ab dem 01. Januar 2020. Die Verhandlungspartner müssen dem ausgearbeiteten Protokoll nach Angaben der Verhandlungsführer jedoch noch zustimmen.
20.12.2019	Der Schütze, der am 19. Dezember 2019 das Feuer vor dem Hauptgebäude des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) eröffnete, wird als Jewgenij Manjurow identifiziert. Der 39-jährige Manjurow sei bei der DOSAAF (»Dobrowolnoje obschtschestwo sodejstwija armii, awiazii i flotu«, dt. etwa »Freiwillige Gesellschaft zur Unterstützung der Armee, der Luftwaffe und der Flotte«) an der Waffe ausgebildet worden. Er wurde bei dem Vorfall getötet. Die DOSAAF wurde 1951 gegründet und besteht nach Auflösung der Sowjetunion als eigenständige Organisation fort.
20.12.2019	Die Sprecherin des Ermittlungskomitees, Swetlana Petrenko, gibt bekannt, dass auch der zweite FSB-Offizier, der bei der Schießerei am 19. Dezember 2019 auf dem Lubjanskaja Ploschtschad verletzt wurde, seinen Verletzungen erlegen ist.
20.12.2019	Russland und die Ukraine unterzeichnen das am 19. Dezember vereinbarte Protokoll über die Fortsetzung des Gastransits durch die Ukraine ab dem 01. Januar 2020.
24.12.2019	Ruslan Schaweddinow, ein Mitarbeiter des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fond borby s korrupzijej« (dt. »Fonds zur Korruptionsbekämpfung«), soll laut Nawalnyj zur Ableistung des Wehrdienstes gezwungen worden sein. Schaweddinow war am 23. Dezember nach einem Beschluss des Moskauer Stadtgerichts aus seiner Wohnung abgeholt und auf eine Militärbasis in der Arktis gebracht worden. Er hatte sich im Rechtsstreit um seine Wehruntüchtigkeit befunden.
25.12.2019	Die Menschenrechtsorganisation »Memorial« teilt mit, dass mit dem heutigen Urteil des Twerskoj-Bezirksgerichts in Moskau zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von insgesamt 400.000 Rubel (etwa 5.700 Euro) die Höhe der wegen Verstößen gegen das sogenannte »Agentengesetz« verhängten Strafen insgesamt 3,5 Millionen Rubel (etwa 50.000 Euro) beträgt. »Memorial« wurde 2014 in die Liste aufgenommen, die internationale Organisation von »Memorial« steht seit 2016 im Register.
26.12.2019	In Moskau werden das Büro und das Studio des »Youtube«-Kanals der von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten Stiftung »Fond borby s korrupzijej« (dt. »Fonds zur Korruptionsbekämpfung«) durchsucht. Laut Nawalnyj sei Grundlage der Durchsuchung ein Rechtsstreit über die Entfernung eines im Jahr 2017 veröffentlichten Videos über wohltätige Stiftungen des Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedew, über die dieser sich persönlich bereichert haben soll.
27.12.2019	Die russische Anti-Doping-Agentur RUSADA legt offiziell Beschwerde bei der Welt-Anti-Doping-Agentur WADA gegen die am 09. Dezember 2019 erfolgte Suspendierung Russlands von allen internationalen Sportereignissen für die kommenden vier Jahre ein. Russische Athleten, denen kein Doping nachgewiesen wurde, sollen weiterhin die Möglichkeit haben, unter neutraler Flagge zu starten.
28.12.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, das den Mindestlohn ab dem 01. Januar 2020 auf monatlich 12.130 Rubel (etwa 175 Euro) festlegt. Dies entspricht exakt dem Existenzminimum des 2. Quartals 2019. Im Vergleich zum Vorjahr steigt der Mindestlohn um 7,5 %. Das seit 1997 staatlich festgelegte Existenzminium entspricht der Armutsgrenze.
07.01.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin trifft zu Gesprächen mit dem syrischen Staatsoberhaupt Baschar al-Assad in Damaskus ein. Inhalt der Gespräche ist die militärische Situation in den unterschiedlichen Regionen des Landes.

08.01.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin nimmt in der türkischen Hauptstadt Istanbul an den Feierlichkeiten zur Inbetriebnahme der Gaspipeline »Turkstream« teil. Die Pipeline wird die südrussische Küstenstadt Anapa mit der Türkei verbinden. Außerdem treffen sich Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdogan zu einem Vier-Augen-Gespräch. Thema des Gespräches ist die Situation in Syrien und Libyen.
09.01.2020	Die Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) ruft den internationalen Sportgerichtshof im Streit um die Sperrung russischer Athleten bei internationalen Wettkämpfen in den kommenden vier Jahren an. Die russische Anti-Doping Agentur (RUSADA) hatte offiziell Beschwerde gegen die Entscheidung der WADA eingelegt.
11.01.2020	Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der russische Präsident Wladimir Putin treffen sich in Moskau zu Gesprächen über die Spannungen im Nahen Osten nach der Tötung des ranghohen iranischen Generals Kassem Soleimani durch einen US-amerikanischen Raketenangriff am 03. Januar 2020 sowie die Lage in Syrien und Libyen. Beide Parteien betonten, dass sie weiterhin an der Umsetzung des Nuklearabkommens mit dem Iran interessiert seien. Außerdem versicherte Merkel, dass die Gaspipeline »Nord Stream 2« trotz US-Sanktionen fertig gebaut werde. Das Projekt sei entscheidend für die Diversifizierung der Pipeline-Infrastruktur.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf http://www.laender-analysen.de/russland/ *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber:
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:
Anastasia Stoll (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Chronik: Alena Schwarz
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:
Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1613-3390 © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/russland/

Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/belarus/

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/russland/

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/zentralasien/

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.